

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 107

OKTOBER 1993

50 Pfennig

Jelzins Putsch dient den Imperialisten

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

5. Oktober — Als am Montag die Flammen aus dem russischen Parlament schlugen, gab es Jubel bei den kapitalistischen Herrschern von Washington bis Bonn für ihren Mann in Moskau, Boris Jelzin. Hunderte sind getötet worden und rund 1600 wurden verhaftet, nachdem über die russische Hauptstadt der Belagerungszustand verhängt worden war. Zehn oppositionelle Zeitungen, von der sogenannten Linken bis zur nationalistischen Rechten, sind verboten worden, alle anderen Medien unterliegen einer strikten Zensur. Alle politischen Organisationen, die an Demonstrationen zur Verteidigung des Parlaments beteiligt waren, sind verboten worden, ebenso das Zeigen von kommunistischen Symbolen wie Hammer und Sichel. Das rauchgeschwärzte „Weiße Haus“ und das Blut in seinen Korridoren zeigen das Gesicht der kapitalistischen Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstört hat, das Heimatland der Oktoberrevolution von 1917.

Es ist gerade zwei Jahre her, daß Jelzin vor genau diesem Gebäude gestanden hat, als er die Macht von der zerfallenden stalinistischen Bürokratie eroberte, die jahrzehntelang über den sowjetischen deformierten Arbeiterstaat geherrscht hatte. Dies führte zu einer Periode des konterrevolutionären Chaos, als das Regime der kapitalistischen Restauration, bei ausbleibendem Widerstand der Arbeiterklasse, es schaffte, einen bürgerlichen Staatsapparat aufzubauen, auch wenn dieser schwach und zerbrechlich ist. Zur gleichen Zeit spalteten sich die kapitalistisch-restaurativen



Brennendes „Weiße Haus“ markiert Niederlage des nationalistischen Ruzkoi/Chasbulatow-Flügels der Konterrevolution. Mächtigen Zar Boris feiert mit Blutmontag

Reuter

Kräfte in erbittert feindselig gegenüberstehende Fraktionen, angeführt einerseits vom Präsidentenlager um Jelzin, andererseits vom russischen Parlament unter der Führung von Alexander Ruzkoi und Ruslan Chasbulatow. Mit der Zerschlagung des Parlaments nimmt Jelzin auch die Schicht von ex-sowjetischen Bürokraten in den regionalen Gremien im ganzen Land ins Visier.

Die Panzergeschosse, die am Morgen des 4. Oktober im „Weißen Haus“ einschlugen, waren die ersten Schüsse eines bonapartistischen Regimes, das sich vorgenommen hat, jeglichen Widerstand gegen die Verelendung durch den „freien Markt“ brutal zu unterdrücken. Seit Monaten haben westliche Regierungen und das Weltkartell der Banker, der Internationale Währungsfonds (IWF), Druck auf Jelzin ausgeübt, daß er die Hindernisse für eine Intensivierung der wirtschaftlichen „Schockbehandlung“ wegräumt, deren nächste Stufe Massenentlassungen von Millionen Arbeitern und die Verwüstung der Industrie sein soll. Zwei Tage vor Jelzins Erlaß vom 21. September über die Auflösung des Parlaments stellte der IWF einen geplanten Kredit über 1,5 Milliarden Dollar an Rußland so lange zurück, bis die Regierung die versprochenen Wirtschafts-

„reformen“ durchführt.

Nur Stunden nach der Verhaftung von Ruzkoi und Chasbulatow verkündete der Kreml Dekrete, mit denen der Ausnahmezustand massiv ausgeweitet wurde. Den

Fortgesetzt auf Seite 9

Für die Wiederschmiedung einer bolschewistischen Partei!

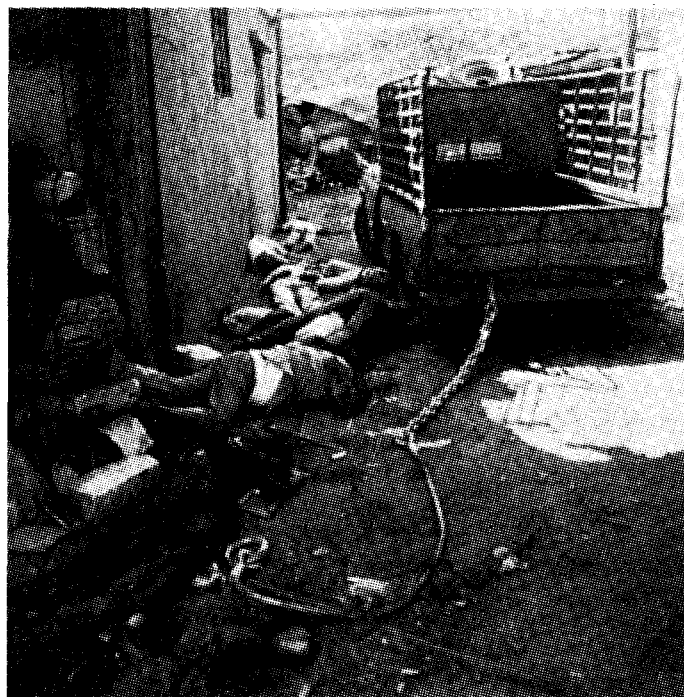
Zionistische Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten!

Israel/PLO-Deal: Palästinenser-Ghetto

Was bedeutet das Abkommen „Gaza-Jericho als erster Schritt“ zwischen Yitzhak Rabins israelischer „Arbeiter“-partei-Regierung und Yassir Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation (PLO)? Es bedeutet, daß PLO-Bullen, bewaffnet und bezahlt von Israel, rebellierende palästinensische Jugendliche niederschießen, und zwar im Auftrag der zionistischen Staatsterroristen. Wenn dieser schändliche Deal durchgeht, dann haben Zehntausende von unbewaffneten palästinensischen Jugendlichen, die ihr Leben riskierten und sich seit dem Ausbruch des heroischen Intifada-Aufstands im Dezember 1987 der „eisernen Faust“ der zionistischen Repression entgegenstellten, es von nun an nicht nur mit israelischen Sturmtruppen zu tun, sondern auch mit der Organisation, die immer behauptet hat, sie sei „die einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes“.

Sprecher beider Seiten bejubeln das Abkommen als „historische Errungenschaft“, als „Durchbruch“ und als „Beginn einer neuen Ära“. Aber während an der Börse in Tel Aviv die Kurse in die Höhe schossen, werden weiterhin arabische Jugendliche niedergeschossen, darunter ein 16-jähriger, der im Gazastreifen von Zivilbullen umgebracht wurde, weil er gegen das Abkommen protestierte.

Was Israel zuzugestehen bereit ist, läuft praktisch auf „kommunale Selbstverwaltung“ einer Reihe von verelendeten Slums hinaus. Der Gazastreifen ist ein gigantisches Konzentrationslager für knapp eine Million palästinensische Flüchtlinge. Jericho ist eine heruntergekommene Kleinstadt mit weniger als 20 000 Einwohnern, keinerlei Industrie und 50 Prozent Arbeitslosigkeit. Das zu wählende palästinensische Gremium, das die „Selbstherrschaft“ in diesen Gebieten umsetzen soll, würde kaum mehr kontrollieren als die Müllabfuhr. Ähnlich wie bei den südafrikanischen „Bantustans“ – die als militarisierter Reserve gedacht waren, um schwarze Arbeitskräfte und die „überschüssige“ (arbeitslose) Bevölkerung unter der Kontrolle von schwarzen Handlangern des Apartheid-Regimes zu halten – wird selbst die Struktur und Zusammensetzung dieser Pseudo-„Selbstherrschaft“ von den israelischen Besatzern bestimmt werden.



Der Spiegel

PLO-Verrat unter UNO-Aufsicht führte zu Massaker an 1300 Flüchtlingen in Sabra und Schatila während des israelischen Blitzkriegs im Libanon 1982

Hunderttausende Palästinenser, die in elenden Flüchtlingslagern in Jordanien und im Libanon ein erbärmliches Leben fristen, seit sie 1947/48 vom zionistischen Terror aus ihren Häusern vertrieben wurden, würden vollständig im Stich gelassen. Was dem Abkommen unmittelbar vorausging, war die israelische Blitzkrieg-Invasion in den Libanon vor zwei Monaten. Israelische Panzerkolonnen und Kampfbomber entvölkerten praktisch das südliche Drittel des Libanon und zwangen beinahe eine halbe Million Menschen, nach Beirut zu fliehen. Die zwei Millionen Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen, die gezwungen sind, mit kaum mehr als den Hilfspaketen der Vereinten Nationen zu überleben, seit der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin die besetzten Gebiete vor mehr als fünf Monaten dichtmachte, wären weiterhin ein verarmtes Reservoir von supraausgebeuteten Arbeitskräften für die Bauindustrie und die Landwirtschaft Israels.

Der sogenannte „Abzug“ der israelischen Truppen wird auf nichts anderes hinauslaufen als eine „Umgruppierung“ weg von den Bevölkerungszentren, während die Kontrolle über alle Zugangspunkte aufrechterhalten und weiterhin für die „Sicherheit“ der 150 000 zionistischen „Siedler“ gesorgt wird, deren Netzwerk von Siedlungen eine zentrale Stütze der militärischen Besatzung darstellt. Bis an die Zähne bewaffnet und von faschistischen religiösen Fanatikern geführt, werden sie da bleiben, wo sie schon sind – auch im Gazastreifen und im Gebiet von Jericho –, um ihre rassistischen Provokationen gegen Araber fortzusetzen. Das Abkommen schließt noch nicht einmal aus, daß neue Siedlungen errichtet werden. Wir sagen: *Alle* israelischen Truppen

Fortgesetzt auf Seite 21

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endrweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes,
Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

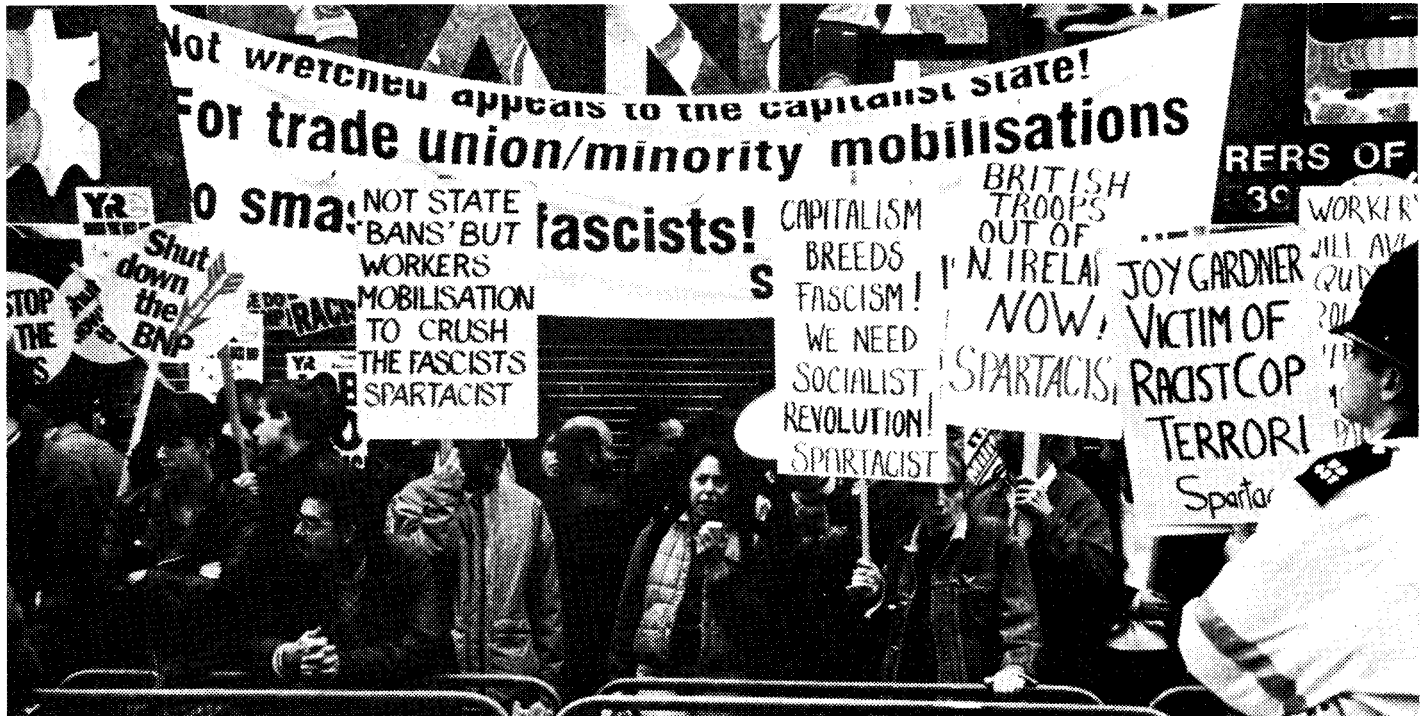
Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Fax (030) 491 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 491 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 107

Oktober 1993

Britannien

Gewerkschaften, Minderheiten, Linke: Treibt die Faschisten von der Straße!



Workers Hammer

London, 28. September: Block der Spartacist League/Britain bei antifaschistischem Protest in Brick Lane

Angesichts der sich verschärfenden kapitalistischen Rezession hat eine Hysterie gegen Immigranten die ganze „Festung Europa“ überflutet. Am 16. September gewann die faschistische British National Party (BNP) einen Sitz bei der Wahl zum Londoner Stadtrat für den Stadtteil East End (im Viertel „Isle of Dogs“). Mit sieben Stimmen Vorsprung übernahm BNP-Faschist Beackon diesen Sitz von der Labour Party. Aber die Faschisten machen ihre wirkliche Drecksarbeit in den Straßen, nicht im Parlament oder Stadtrat. Als Teil ihrer rassistischen „Wahl“-Kampagne schlugen im September acht BNP-Schläger den 17-jährigen asiatischen Studenten Quaddus Ali bewußtlos. Dies war die Zuspitzung in einem Jahr, wo allein in London sechs rassistische Morde passierten.

Aber in Britannien wie auch sonst in Europa bringt der

rassistische Terror eine Generation von militanten Immigranten und europäischen antifaschistischen Jugendlichen hervor und schafft Unruhe in den integrierten Gewerkschaften. Nahe Brick Lane in East London ist der klassische Punkt der Immigration nach Britannien. Früher fast völlig jüdisch bevölkert, wohnen heute überwiegend Bengalen dort. Die BNP war in der Lage, ihren faschistischen Dreck seit 15 Jahren dort zu verteilen. Aber wie das Flugblatt feststellt, das von unseren Genossen der Spartacist League/Britain zum 26. September herausgegeben wurde, landeten diese Möchtegern-Hitlers durch entschlossene antifaschistische Jugendliche am Sonntag nach ihrem rassistischen Wahlsieg „als gedemütigtes Häuflein auf dem Pflaster“ von Brick Lane. Nachfolgend drucken wir das Flugblatt in gekürzter Form.

LONDON, 26. September – Den antirassistischen Jugendlichen dieses Landes reicht es! Sie haben den Weg vorwärts gezeigt. Wir begrüßen die militante Aktion letzten Sonntag in der Brick Lane, die größtenteils durch Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und die Anti Nazi League (Antinazi-Liga, ANL.) organisiert wurde. Ein kleiner Teil des Abschaums der British National Party (BNP), darunter ihre Führer, landete als gedemütigtes Häuflein auf dem Pflaster. Die Polizei, die sie schützt, ist jetzt gezwungen, darüber zu reden, daß sie „die Sicherheit der BNP nicht garantieren“ könnte. Nach 15 Jahren Provokationen in der Brick Lane wissen die Faschisten, daß sie Gefahr laufen, die gerechte Antwort zu kriegen, die ihnen zusteht. Gut! Auf diesem Sieg muß man aufbauen: Laßt uns den Krieg gewinnen, nicht nur eine Schlacht.

Jetzt ist die Zeit, die Faschisten von den Straßen, aus den

Stadtteilen der Minderheiten zu treiben! Rächt Quaddus Ali und alle Opfer des rassistischen Terrors! Wir wollen ernsthafte, bleibende Siege im Kampf gegen den Faschismus. Schmiedet die Militanz der Jugendlichen mit der Macht der organisierten Arbeiterklasse zusammen – Schwarze, Weiße und Asiaten – und führt einen entscheidenden Schlag gegen die BNP!

Jetzt ist es an der Zeit, das Hauptquartier der BNP dichtzumachen: nicht durch idiotische Appelle an den von den Tory-Konservativen dominierten Stadtrat von Bexley, sondern durch eine koordinierte Massenaktion. Für proletarische Einheit, um die BNP zu zerschlagen!

Denkt an Cable Street! 1936 antworteten Hunderttausende Arbeiter, unter ihnen viele Juden, die von der British Union of Fascists ins Visier genommen waren, auf den

Fortgesetzt auf Seite 4

Britannien...

Fortsetzung von Seite 3

Aufruf der Kommunisten und Arbeiter des East End, und sie *stoppten* die Faschisten von Mosley im East End. Wir brauchen noch eine Aktion wie Cable Street, nicht hohlköpfige, selbstmörderische Appelle an die Regierung, daß sie Aktionen ergreifen soll.

Wir weisen den Mist zurück, den die „Führer“ von ANL und JRE lange Zeit jedem reingewürgt haben. Weist ihre Appelle an die kapitalistischen Gerichte und Bullen und Stadträte zurück! Weist ihre Lobbys zurück, die rassistischen Liberaldemokraten zu „reformieren“, die den Londoner Stadtteil Tower Hamlets regieren! Seid keine Lobbyisten vor dem Innenministerium! Appelliert nicht an die verräterische Labour Party, um Gerechtigkeit zu erwarten! Die reformistischen Labour-Führer sind die Feinde ernsthafter Aktionen gegen die Faschisten. Wir brauchen eine klassenkämpferische Führung, die die Macht der Arbeiterklasse und der Unterdrückten organisiert – in der Aktion, auf dem Weg zur proletarischen Macht!

Das Gesetz zur öffentlichen Ordnung, das nach der Cable-Street-Mobilisierung verabschiedet wurde, wurde als Gesetz gegen die Faschisten angekündigt – dieses Gesetz wird heute benutzt, um die Antifaschisten zu verfolgen, die sich am 10. September vor dem königlichen Londoner Krankenhaus amoklaufenden Bullen widersetzen. Es wird benutzt, um die Kämpfer zu verfolgen, die letzten Sonntag den BNPlern eine gehörige Tracht Prügel verpaßten. Weg mit den Anklagen gegen alle verhafteten antifaschistischen Kämpfer! Kein Vertrauen in den kapitalistischen Staat. Keine Appelle an die Staatsmaschinerie! Der Staat hat die Faschisten immer verteidigt. Er ermordete Joy Gardner. Er hat die schwarze und asiatische Bevölkerung immer gequält und eingeschüchert. Die Bullen, die streikende Bergarbeiter ermordeten, und die Gerichte, die sie zu Tausenden aburteilten, sind die *Todfeinde* der Werktätigen.

In der Arbeiterklasse *gibt es den Wunsch* nach einer wirklichen Abrechnung mit den Faschisten. Arbeiter der UNISON haben aus Empörung über den Wahlsieg von Beakon schon einen halben Tag gestreikt. Arbeiter von British Telecom haben dafür gestimmt, dem BNP-Hauptquartier den Stecker rauszuziehen. Die Londoner Bezirksorganisation der Feuerwehrgewerkschaft hat die Demonstration am 26. September unterstützt. Die Gewerkschaft NALGO im öffentlichen Dienst hat in Tower Hamlets zur antifaschistischen Einheit am Arbeitsplatz aufgerufen. Was fehlt, ist die entschlossene, unnachgiebige Führung, die diese kämpferischen Jugendlichen und Arbeiter brauchen.

Wir brauchen eine organisierte, militante Demonstration, gut verteidigt, mit einem Kern von Tausenden Gewerkschaftern. *Die BNP kann stehenden Fußes gestoppt werden.* Wir reden nicht über schwachbrüstige Proteste, und wir reden nicht über mutige Straßenkämpfe, wo ein paar Dutzend oder hundert Linke und Jugendliche den faschistischen Schlägern gegenüberstehen. Wir reden über entschlossene *Massenaktionen*. Die Arbeiterbewegung in diesem Land ist noch stark und gut organisiert, trotz der Niederlagen der letzten Jahre. Sie muß sich von den Knien erheben und anfangen zu kämpfen, *als eine Klasse!* Verteidigt antifaschistische Versammlungen und Demonstrationen durch disziplinierte gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen und Ordner: Es ist höchste Zeit, daß die *Faschisten* das Fürchten lernen.

Wir können diesen Kampf nicht mit den Generälen der Feinde in unserem Hauptquartier führen! Es kann keine Einheit von wirklichen Antifaschisten mit den Parteien der Bosse, mit dem frömmelnden Humbug des Erzbischofs von Canterbury geben. Solche klassenübergreifende

Bündnisse – Volksfronten – sind tödlich. Der Gewerkschaftsverband TUC machte gemeinsame Sache mit Tory-Politikern wie dem gemeingefährlichen Rassisten Winston Churchill und spuckte in einer Kampagne gegen Zechenschließungen große Töne: Heute aber ist kaum noch ein aktives Bergwerk in Britannien übrig. Heute, wie im schon im Vorjahr, ist entschlossener Klassenkampf nötig, nicht Zusammenarbeit mit Vertretern der herrschenden Klasse.

Die Arbeiterklasse muß im eigenen Namen kämpfen und um die eigene Macht. Dieses Land ist verrotten und verkommen, ein Meer von Elend für Millionen arbeitslose und schlecht bezahlte Arbeiter, ein Land voll Angst und Gewalt für asiatische und schwarze Menschen. Was die Jugend vor sich sieht, sind weder Arbeitsplätze noch Wohnungen noch Geld oder Hoffnungen. Dieses Land braucht keine Gebete oder moralischen Beistand: Es braucht eine sozialistische Revolution! Brecht die Macht des kapitalistischen Staats und enteignet die Bourgeoisie! Für die sozialistische Reindustrialisierung Britanniens durch eine Planwirtschaft!

Die Gewerkschaftsspitzen und die Irreführer der Labour Party würden liebend gern „die Situation beruhigen“. Sie wollen die Militanz in die Sackgasse von parlamentarischen Manövern, Petitionen und Wahlfarcen lenken. Erinnert euch, daß die Labour-Stadträte die verhaßte Kopfsteuer durchgezogen haben. Die Gewerkschaftsführer können sich noch nicht einmal dazu aufraffen, zu einem Streik der fünf Millionen öffentlich Bediensteten aufzurufen, denen dieses Jahr ein *Lohnstopp* bevorsteht. Die gleichen Führer weigerten sich 1984/85, den Bergarbeitern mit der gemeinsamen Streikaktion, die sie bitter nötig hatten, zu Hilfe zu kommen.

Die Arbeiterbewegung braucht eine revolutionäre Führung, die genau so hart und so lange für den proletarischen Sieg kämpft, wie Thatcher für ihre abscheuliche, parasitäre kapitalistische Klasse kämpfte. Die Arbeiter, die Frauen und die Schwarzen, Asiaten, Juden und Schwulen – die Zielscheiben des BNP-Terrors – brauchen eine *Arbeiterregierung*, so daß alle Menschen ein anständiges und sicheres Leben haben können, in einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Rassismus. Solch eine Regierung wird auf gewählten Arbeiterräten basieren wie die ursprünglichen Sowjets in Lenins Sowjetunion. Sie wird nichts gemeinsam haben mit den Schwatzbuden in Westminster, die Tarnorganisationen für die bürgerliche Herrschaft sind.

Eine sozialistische Gesellschaft wird nicht in einem Land oder von alleine kommen: Dies ist ein internationaler Kampf der Arbeiterklasse. Die Faschisten nähren sich aus der kapitalistischen Fäulnis – in Frankreich, in Deutschland, in Britannien. Und es ist nicht nur eine Frage von Rezession, Massenarbeitslosigkeit und Hysterie gegen Immigranten in den imperialistischen Ländern. Die Wiedereinführung des kapitalistischen Systems in der Sowjetunion und in Osteuropa war eine riesige Niederlage für die Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Faschismus, Monarchismus und Antisemitismus sind wie Unkraut aus dem Boden der vom Kapitalismus betriebenen Verwüstung der Planwirtschaften geschossen.

Die Imperialisten arbeiteten jahrelang daran, die Arbeiterstaaten zu zerstören – dabei schwätzten sie heuchlerisch über „Demokratie“ und „Freiheit“. Parteien wie die Labour Party unterstützten die Wiederkehr der Bosse. Ihre kleineren Cousins wie Militant oder die Socialist Workers Party [in Deutschland Voran und Sozialistische Arbeitergruppe, SAG] taten das gleiche; sie teilten den Antikommunismus der Labour Party. Sie unterstützten Solidarność in Polen, eine gelbe Gewerkschaft für CIA, Banker und Papst. Die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution in Ostdeutschland.

Alle Sozialdemokraten unterstützten Jelzin im August 1991 (genau wie es Major und Bush taten). Nun verlieren

Hunderttausende Arbeiter ihre Jobs, Abtreibungsrechte werden weggenommen oder zurückgestutzt, Frauen werden aus dem Arbeitsleben zurück in die Küche gezwungen, Jugendliche stehen vor einem Leben von der Stütze, und Minderheiten wie die Roma leben in Todesangst.

Diese Welle der Reaktion schlägt auf Westeuropa zurück. Die herrschende Klasse geht mit der Lüge „Kommunismus ist tot“ hausieren und sagt, jeder Widerstand gegen dieses kriminelle System der Ausbeutung und Unterdrückung sei nutzlos. Wir sagen Nein: Der Stalinismus ist tot, aber der Kommunismus lebt — im Kampf der Arbeiterklasse in aller Welt. In Britannien, Frankreich, Deutschland und Italien müssen die Arbeiter Widerstand leisten, wo die rivalisierenden kapitalistischen Mächte versuchen, die Dauerschrauben der Ausbeutung anzuziehen und die Maßnahmen des „Sozialstaats“ zu demontieren, die sie den Arbeitern nach dem Zweiten Weltkrieg anbieten mußten, um das „Gespenst des Kommunismus“ fernzuhalten. Die imperialistischen Mächte hatten sich gegen die UdSSR vereint; heute stehen sie stärker und offener gegeneinander in einem Konkurrenzkampf, der in die Richtung eines dritten Weltkriegs weist.

Wir meinen nicht, wie die Zeitschrift *Militant*, daß eine Labour-Regierung mit „Sondervollmachten“ den Sozialismus bringen wird. Wir meinen nicht, daß die Polizei in den Gewerkschaften sein sollte, wie *Militant* und *Socialist Worker* fordern! Die Anti Nazi League der SWP stoppte die faschistische National Front in den 70er Jahren nicht. Alles andere ist eine Lüge, und jeder antifaschistische Kämpfer sollte heute darüber Bescheid wissen. 1978 war das Hauptquartier der National Front bei der Brick Lane um die Ecke. Sie organisierte eine Demonstration in Whitechapel, und die ANL organisierte am selben Tag, zur selben Stunde, einen Karneval in Brockwell Park in Brixton, 16 Kilo-

meter entfernt! Wir sagten zu der Zeit, daß der ANL-Karneval ein *Verräter-Karneval* war! Es ist genau dieselbe Sorte von Politik, wenn heute ANL- und JRE-Führer fordern, die Kapitalisten mögen die „BNP verbieten“.

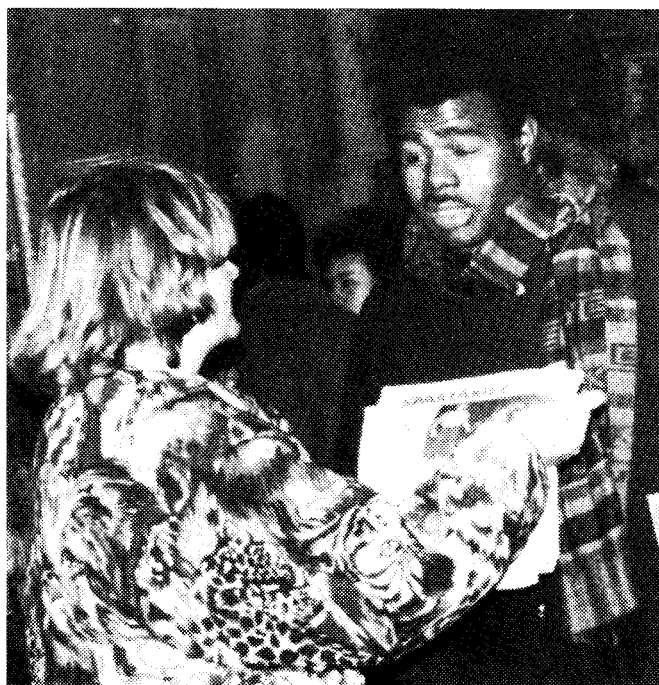
Deswegen sagen wir, daß Gruppen wie *Militant* und *SWP reformistische* Organisationen sind. Schließlich wollen sie auch am Ende des Tages bei den Labour-Abgeordneten und Labour-Größen beliebt sein: Einen konsequenten, harten Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse wollen sie nicht. Sie meinen nicht, daß die Arbeiter die Staatsmacht erringen können. Ihr wahres Maximalziel ist es, die Labour Party auf der Basis eines linker klingenden Programms an die Regierung zu bekommen. Das bedeutet lediglich, den Kapitalismus mit einem „menschlichen Antlitz“ zu verwalten.

Die politischen Unterstützer und Führer der JRE und der ANL haben keine Strategie, die zum *Sieg* führt, weder jetzt gegen die BNP noch langfristig gegen das kapitalistische System. Es geht nicht darum, die existierenden Kampagnen zu „vereinigen“, was Gruppen wie *Workers Power* oder *Socialist Organiser* propagieren. Es geht bestimmt nicht darum, „eine Labour-Regierung zurückzubringen“. Die Labour Party war es, die Truppen nach Nordirland entsandte und die Armee gegen streikende Arbeiter einsetzte, als sie das letzte Mal an der Regierung war. Dieselbe Labour-Regierung verordnete die grotesken „Jungfräulichkeitsuntersuchungen“ an asiatischen Frauen bei der Einreise ins Land, und sie plante das rassistische Nationalitätengesetz, das Thatcher übernahm und verabschieden ließ.

Pressure-groups am Rand der Labour Party sind unfähig, einen scharfen Kampf gegen die Gewerkschafts- und Parteibürokraten aufzunehmen, die die Arbeiterbewegung dominieren. Warum führen SWP und *Militant*, die behaupten,

Fortgesetzt auf Seite 6

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Ergebnisse nach drei von vier Wochen

	Quote	3. Woche	Prozent
Berlin	110	69,5	63
Duisburg	25	41	164
Halle	60	53	88
Hamburg	50	41	82
Auf Entfernung	20	5	25
Gesamt	265	209,5	79

Abonniert jetzt!

Gratis: zu jedem vollen Abo eine Artikelsammlung des *Spartakist*!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
 alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 107

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Konto 119 88-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Die Zeitung, die „Nein!“ zum Anschluß sagte

Weg mit den Urteilen! Hände weg von Keßler, Streletz, Albrecht!

Am 16. September wurden im Berliner Landgericht Heinz Keßler, Fritz Streletz und Hans Albrecht zu jeweils siebeneinhalb, fünfeinhalb und viereinhalb Jahren Haft verurteilt; sie können jederzeit eingesperrt werden. Vor dem Amtsgericht Tiergarten haben die SpAD und das Komitee für soziale Verteidigung dagegen protestiert (Bild). So forderten wir auch von Anfang an *Freiheit für Erich Honecker*, und wir fordern *Freiheit für Erich Mielke*, dessen Prozeß noch andauert. Am 22. September verlangten wir vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht *Hände weg von DDR-Meisterspion Markus Wolf*. Die Rachejustiz gegen alle und alles, was an den Arbeiterstaat DDR erinnert, soll die Arbeiter Ost und West gegeneinander hetzen und ihren Kampfeswillen lähmen. *Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf!* Die



Spartakist

Bourgeoisie von Auschwitz hat hier nichts zu richten! Viertes Reich, Hände weg! Weg mit allen Anklagen und Urteilen gegen DDR-Vertreter!

Britannien...

Fortsetzung von Seite 5

Hunderte und Tausende Gewerkschaftsunterstützer zu haben, keine entschlossenen Kampagnen für Massendemonstrationen von Gewerkschaftern und Minderheiten, die notwendig sind, um die BNP zu zerschlagen?

Bestenfalls werden sich diese Gruppen dem Druck der kämpferischen Jugendlichen beugen, wie in den letzten beiden Wochen. Sie werden manchmal gezwungen sein, sich an kämpferischen Aktionen zu beteiligen. Der letzte Sonntag war ein Sieg, der integrierte Aktionen der Arbeiterklasse zünden könnte, um Minderheiten zu verteidigen und die Faschisten von der Straße zu treiben. Aber die mutige Aktion in der Brick Lane ist nur ein Anfang. Die BNP wird zurückkommen, und in Zukunft mit viel stärkerem Polizeischutz, unterstützt durch Verurteilungen der antifaschistischen Kämpfer. Die kapitalistischen Medien werden mit Sicherheit die Trommeln für eine Hexenjagd auf die Roten rühren.

Angesichts einer solchen Hexenjagd ist Parteien wie Militant und SWP vollkommen zuzutrauen, daß sie Deckung suchen. 1977 wurde die SWP wütend von der Presse angegriffen, weil sie eine Rolle bei der Organisation einer großen antifaschistischen Demonstration in Lewisham gespielt hatte. Sie antwortete mit der Bildung der friedlichen, legalen, volksfrontartigen Anti Nazi League. Lords, Pfaffen und Typen wie Neil Kinnock unterzeichneten als Sponsoren der ANL. Die Konfrontationen mit den Faschisten wurden beendet, und statt dessen begannen die Karnevals mit Luftballons und Musik. Und man sollte im Kopf behalten, daß die Militant-Führung der Anti-Poll Tax Federation (Bündnis gegen die Kopfsteuer) das Angebot machte, Namen von Demonstranten preiszugeben, die sich gegen die Angriffe der berittenen Polizei auf der riesigen Demonstration gegen die Kopfsteuer vor zwei Jahren auf dem Trafalgar Square verteidigt hatten.

Militant/JRE und SWP/ANL versuchen, sich selbst an die Spitze der gegenwärtigen Welle der Empörung zu stellen, aber dabei wollen sie ihren Einfluß unter radikalisiert

ten Jugendlichen für andere Zwecke ausschachten. Diese Gruppen wollen in Wirklichkeit größere Faktoren in der Rechnung der Labour-Bürokraten werden. Diese Woche rufen *Socialist Worker* und *Militant* zur „Einheitsdemonstration“ am 16. Oktober auf; deren Hauptforderung ist, daß der Stadtrat das BNP-Hauptquartier schließen soll. Der russische revolutionäre Führer Leo Trotzki stellte sich mit aller Schärfe gegen solche Forderungen und schrieb: „Sich an den Staat zu wenden, das heißt an das Kapital, mit der Forderung, er solle die Faschisten entwapfen, bedeutet, die schlimmsten demokratischen Illusionen zu säen, die Wachsamkeit des Proletariats einzuschläfern, seinen Willen zu demoralisieren.“ Die einzigen konsequenten Antifaschisten sind proletarische Revolutionäre.

Die Spartacist League ist Teil einer internationalen Organisation, der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unsere Genossen in den Vereinigten Staaten haben mehrere Demonstrationen von Gewerkschaften/Minderheiten organisiert, wie sie heute in Britannien notwendig sind. Ähnliche Aktionen wurden zu verschiedenen Zeitpunkten von unseren Genossen in Frankreich und Kanada initiiert. Am 3. Januar 1990 fand im Treptower Park in Ostberlin die größte antifaschistische Demonstration der deutschen Geschichte statt, von 250 000 Menschen. Sie wurde von den Spartakisten initiiert und dann von der herrschenden stalinistischen Partei übernommen, als Antwort auf die abscheuliche Schändung des sowjetischen Ehrenmals durch Nazi-Banden. Als Organisation wollen wir den Kern einer internationalen revolutionären Partei zusammenbringen. Eine solche proletarische Partei kämpft für die Interessen aller Unterdrückten unter dem Kapitalismus und für eine dauerhafte, sozialistische Zukunft für die Menschheit, ohne die Angst vor dem Krieg und die Heimsuchungen von Arbeitslosigkeit, Armut und Rassismus.

Stopp die BNP! Für Massenmobilisierung der Arbeiterklasse und Minderheiten gegen die Faschisten! Nieder mit der „Festung Europa“ – Volle Staatsbürgerrechte für im Ausland geborene Arbeiter und ihre Familien! Für eine Föderation der Arbeiterrepubliken der britischen Inseln! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!■



**Junge
Spartakisten**

Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Aktion! Aber wofür kämpft Voran/JRE?

„Kein Vertrauen in Polizei und Justiz“ und „Nazis stoppen, NPD-Parteitag verhindern!“ steht auf den Titelseiten von *Voran* und in Flugblättern der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Klingt doch gut, oder? Viele Jugendliche, die beim Rostocker Pogrom den direkten Pakt zwischen Nazis und Polizei und die massiven Bullenangriffe auf die Antifaschisten miterlebten, fühlen sich direkt angesprochen. Doch gleich im ersten Absatz des *Voran*-Artikels „Polizei schützt Nazis vor JRE“ (Oktober) kann man lesen, zu welchem Zweck antifaschistische Jugendliche organisiert werden: „Im Juni führte eine Kampagne von JRE und anderen AntifaschistInnen zum Verbot des NPD-Bundesparteitages durch das bayrische Innenministerium“ (!). Was ist dies anderes als „Vertrauen in Polizei und Justiz“, sogar des Herrn Stoiber!

Am Jahrestag des Rostocker Pogroms rief die JRE in Berlin-Marzahn zu einer Demonstration auf, um die Nazis zu stoppen. Über 2000 Jugendliche folgten ihrem Aufruf, aber eine konkrete Aktion dafür war nicht geplant. Was folgte, war ein Marsch durch das Neubauviertel, um die „normalen BürgerInnen“ aufzuklären (*Voran*, Oktober). Bekannte Nazi-Nester blieben unberührt, sie organisieren weiter ihren Terror gegen Immigranten und Jugendliche an den Schulen. Dabei ist in der Marzahner Lindenstraße erst vor wenigen Wochen eine Pogromstimmung gegen ein Wohnheim für Asylsuchende aufgeheizt worden. Eine Mobilisierung von Tausenden Arbeitern und Jugendlichen hätte der Beginn einer wirklichen Verteidigung der Flüchtlinge sein können und den Nazi-Mördern und biedereren Hintermännern eine Lehre erteilen können. Die Spartakisten haben von Hoyerswerda bis Rostock, Mölln und Solingen zu antifaschistischen Arbeitermobilisierungen aufgerufen.

Aber dies erfordert einen harten politischen Kampf, um den SPD-Bonzen die Kontrolle der Gewerkschaften zu entreißen. Und genau den wollen die Organisatoren von der Gruppe *Voran* und JRE nicht. Sie geleiteten die Jugendlichen in eine Situation, von der sie wußten, daß es Nazi-Provokationen geben würde – nach einer Woche massiver Nazi-Drohungen. Obwohl es papierne Gewerkschaftsunterstützung gab, hatte *Voran*/JRE keine Perspektive, diese gegen die braunen Banden zu mobilisieren. Sie verließen sich vollständig auf die Polizei. So funktionierten die JRE-Ordnerketten nur, um zu verhindern, daß die Demonstranten gegen Nazi-Provokateure vorgingen. Stolz brüstete sich *Voran* in der September-Ausgabe: „Die Einsatzleitung mußte vor JRElern eingestehen, daß die Gewalt von den Nazis ausging.“ Das hielt die Bullen nicht davon ab, die Demonstranten anzugreifen.

Bei ihrer „Tour d'Antifa“ lieferte *Voran*/JRE in Copenbrügge die antifaschistischen Jugendlichen direkt an die Bullen aus: „Daher bilden wir vor dem Eingang eine Gasse und fordern die Polizei auf, für den Abgang der Nazis zu sorgen.“ Wie zu erwarten, antworteten die Bullen prompt: „Wir werden weggedrängt und geschlagen... Sieben DemonstrantInnen werden verletzt“ (*Voran*, Oktober).

Was ist nun von der angeblichen „Opposition“ von *Voran*/JRE gegen Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat zu halten? Laut *Rote Fahne* (11. September) hat die JRE in einem Brief die erzreformistische Kampagne von MLPD/Rebell für ein „Verbot aller faschistischen Organisationen“ angegriffen, weil damit „der Kampf gegen die Nazis ... an den Staat abgetreten wird“ und weil „sie sich an diesen

richtet“. Darin warnt die JRE davor, daß Verbote durch den bürgerlichen Staat gegen Linke eingesetzt werden. Zu Recht! Innenminister Kanther hetzt gegen Immigranten und Linke und will sogar die PDS auf seine Verbotsliste setzen! Aber während die MLPD den bürgerlichen Staat durch kretinistische Verbotsappelle „entlarven“ will, will *Voran*/JRE diese Verbote durch Druck auf den Straßen erzwingen.

Über ihre Nabelschnur zur SPD sind sie fest mit dem bürgerlichen Staat verbunden, auf den sie Druck ausüben wollen. Zwar haben sie klammheimlich ihre Forderung „gewerkschaftliche Kontrolle in polizeilichen Einrichtungen und bei Einsätzen“ (*Voran*-Broschüre „Jugend für Sozialismus“) unter den Tisch fallen lassen, nachdem der *Spartakist* sie im November letzten Jahres deswegen angriff. Aber wie ihre britische Schwesterorganisation Militant, die trotz Ausstieg aus der Labour Party nichts anderes betreibt als ein bißchen kämpferische Labour-Politik (obwohl sie in Brick Lane das Richtige tat, siehe Seite 3), wollen sie auch hier den Jugendlichen nur etwas „Action“ bieten, um sie an sozialdemokratische Politik zu binden.

Seit Jahrzehnten spielt *Voran* die Rolle einer loyalen Opposition in der SPD – der Partei der antikommunistischen Hexenjäger und Abschieber von Immigranten, die den Nazis den Wind in ihre Reichskriegsflaggen geblasen hat. Erinnert euch an den 30. Januar, den Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, als die Spartakisten unter Gewerkschaftern und Jugendlichen für die Verteidigung eines Immigrantenvohnheims mobilisierten: Das JRE-Flugblatt unterstützte dagegen die Lichterketten rund ums Brandenburger Tor. Weil die SPD gegenwärtig bei den Jugendlichen so verhaßt ist, schlägt *Voran* ein paar militantere Töne an. Aber ihr Ziel bleibt das gleiche: SPD an die Regierung, um den Kapitalismus zu reformieren.

Voran hat 1989/90 nach Kräften die SPD unterstützt, als diese der Vorreiter der Konterrevolution in der DDR war. Sie haben die kapitalistische Wiedervereinigung hochgejubelt und machten sich für großdeutschen Nationalismus stark, der die ideologische Basis für den Nazi-Terror ist: „Auch die Deutschen haben ein Recht auf nationale Selbstbestimmung, das wir bedingungslos verteidigen müssen“ (*Voran*, Februar 1990). Ein Volk, ein Reich? Heute wollen sie die Jugendlichen, die sich gegen die Auswirkungen der Konterrevolution wehren, der SPD im Vierten Reich zutreiben.

Die Faschisten sind der außerparlamentarische Arm der Bourgeoisie. Wenn die normalen Mittel der bürgerlichen Demokratie nicht mehr ausreichen, um die Arbeiterklasse niederzuhalten, greift die Bourgeoisie auf den Faschismus zurück – in Trotzki's Worten neben der Sozialdemokratie „der zweite Treuhänder der Bourgeoisie“ (November 1929). Im Moment agieren die Nazis als Hilfstruppen bei der rassistischen Hetze, in Mölln und Solingen richteten sich die Nazi-Brandanschläge direkt gegen die türkischen Arbeiter, einen Schlüsselsektor der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Nazis muß mit dem Aufbau von proletarischen Verteidigungsorganisationen verbunden werden, die der Kern von Machtorganen der Arbeiterklasse sein können. Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die antifaschistische Jugendliche und die bewußtesten Arbeiter zum trotzkistischen Programm der Machteroberung der Arbeiterklasse gewinnt. Um die Nazis wirklich zu beseitigen, müssen wir das kapitalistische System stürzen, das die braune Pest brütet. ■

Hamburg: Anti-Asyl-SPD gibt Nazis Auftrieb

Die Hamburger Bürgerschaftswahl am 19. September war polarisierender Auftakt für das „Superwahljahr“ 1994. Während CDU und SPD 20 Prozent der Stimmen verloren, die Grünen ihre Stimmen verdoppelten, die neue bürgerliche STATT-Partei auf 5,6 Prozent kam, erhielten die Faschisten fast durchweg 9 Prozent. Nur weil sie als DVU und Reps kandidierten, schafften es die Nazis nicht ins Parlament. In den ehemaligen SPD- und Arbeiterhochburgen südlich der Elbe, wie Wilhelmsburg, gab es für Faschisten sogar bis zu 15 Prozent. Durch ihre Immigrantengefeindliche Politik, von der Polizeiaktion gegen die Roma in Neungamme bis zur Zerschlagung des Asylrechts im Bun-



Spartakist

IG-Chemie-Block aus Hamburg demonstrierte nach dem Brandmord in Mölln

destag, hat die SPD den Weg für die Faschisten vorbereitet. Wie die „Brandstifter in Bonn“ das Streichholz hielten für die Nazis, die das Flüchtlingsheim in Rostock und die Wohnungen von Türken in Mölln und Solingen anzündeten, so haben sie auch den Wahlerfolg der Faschisten ermutigt.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und vor allem rassistischer Terror, der die bittere Frucht vom Anschluß der DDR ist und der mit dem Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus verbunden ist, haben die Wahl dominiert. Die SPD war das Trojanische Pferd der kapitalistischen Konterrevolution. Und die SPD hat die Verantwortung dafür, daß demoralisierte Arbeiter dieses Mal Nazis wählten und daß Jugendliche in Wandsbek sich nicht mehr für Jobs bewerben, weil sie keine Perspektive sehen. Seit über 40 Jahren stellt die SPD in Hamburg die Regierung und ist verantwortlich für die Zerschlagung der Werften wie HDW,

die nach militanter Besetzung dichtgemacht wurde, und die zweistellige Arbeitslosigkeit. Das SPD-geführte Hamburg liegt mit Abschiebungen von Immigranten bundesweit an der Spitze und hat mit der Verfolgung der Juden beim Friedhof in Ottensen seine antisemitische Fratze gezeigt. Gleichzeitig wird von der SPD in Westdeutschland die Anti-„Ossi“-Stimmung geschürt. Während des Wahlkampfes wurde ein Ostdeutscher auf der Reeperbahn totgeschlagen.

Schon vor dem Wahlkampf gab es in der SPD Streit darüber, ob sie den deutsch-türkischen Hakki Keskin auf Platz 58 der Wahlliste setzt. Es kam zu Protesten in der SPD, weil dies einen „Verlust“ von Stimmen geben könnte. Tatsächlich hat die SPD ihren Wahlkampf damit geführt, daß sie Hamburg von Asylsuchenden „befreit“ habe.

Für den Kampf gegen Faschismus und kapitalistisches Elend boten verschiedene linke Gruppen nichts oder noch weniger an. Die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), die seit Jahren durch wütenden Antikommunismus gegen die ehemaligen Arbeiterstaaten von DDR bis Sowjetunion geprägt ist, rief einfach zur Wahl der SPD auf. Auf der anderen Seite stellt die „Linke Alternative“ (LA), die ein Bündnis von DKP, PDS bis MLPD ist, eine Kopie der arbeiterfeindlichen Grünen dar. Während Arbeiter vor Entlassungen und vor Tarifikündigungen wie jetzt durch Gesamtmetall stehen, haben diese „Alternativen“ nicht ein Wort übrig für den Kampf gegen Entlassungen.

Die PDS-Bosse Gysi/Bisky griffen die LA noch von rechts als „sektiererisch“ an, weil sie mit angeblichen Altstalinisten zusammen sind. Aber alle diese Gruppierungen bejubelten die Konterrevolution, machten mit oder steckten einfach den Kopf in den Sand. Deshalb ignoriert dieses Sammelsurium die Ursachen des Aufstiegs des rassistischen Terrors und des Elends. Sie gaukeln vor, daß man Nazis an der Wahlurne stoppen könne: „Keine Stimme den Populisten, RassistInnen und FaschistInnen, gleich in welchem Gewande!“ Der Brandmord in Mölln zeigte, daß Faschisten außerhalb der bürgerlichen Schwatzbuden ihr dreckiges Gewerbe ausüben. Sie sind mörderische Banden, die zerschlagen werden müssen.

Nach dem Nazibrandanschlag in Mölln mobilisierten türkische und kurdische Arbeiter der Jurid-Chemiefabrik bei Hamburg sofort zum Protest und zeigten damit die Möglichkeit von Arbeitermobilisierungen auf, die den Nazi-Terror stoppen. Nach dem Mord in Solingen demonstrierten in Hamburg Tausende Jugendliche türkischer und deutscher Herkunft gemeinsam für Selbstverteidigung gegen Nazi-Terror. Hamburg ist eine antifaschistische Arbeiterstadt mit Tradition. So gab es schon vor den Wahlen viele, besonders oft gewerkschaftliche Mobilisierungen von Metallern, Postlern, Druckern und Medienarbeitern bis hin zu Angestellten in der ÖTV. Als die DVU ihren rassistischen Dreck an die Hamburger Haushalte schicken wollte, sabotierten Postarbeiter zum Teil erfolgreich die Auslieferung. Während des Wahlkampfes, als die Stadt mit dem Unrat von DVU-Plakaten übersät wurde, gab es Arbeiter der Müllabfuhr, die den Dreck einfach wegkarrten.

Als vor den Wahlen Nazi-Wahlspots vom NDR gesendet werden sollten, unternahm Gewerkschafter der IG Medien erste Schritte, um diese Mordaufrufe zu verhindern, und hielten eine Protestkundgebung vor ihrer Arbeit ab. Sie wurden mit Kündigungen bedroht. Wir verteidigen die NDRler und kämpfen für die gewerkschaftliche Ausweitung des Kampfes: Tausende Arbeiter von IG Medien und Metall zusammen mit der Post könnten nicht nur gut das NDR-Gebäude schützen und die Verbreitung der Mordaufrufe der Nazis stoppen, sondern auch an den Protesten

Fortgesetzt auf Seite 20

Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich

Die Bolschewistische Tendenz: Aus der Schlangengrube des Antispartakismus

(in englischer Sprache)

DM 10,- (inkl. Porto)

137 Seiten

Bestellungen über die Redaktionsadresse

Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League

— a bulletin series of opponent material

NUMBER 8

The Bolshevik Tendency:
From the Snake Pit of Anti-Spartacism

Introduction

The Communist Workers Group:
"Bureaucratic Centralism in the IBT and the Intervention of the Working Committee"

Revised, published in May 1992

1992, Publishing Company
1217 Ave. New York, New York 10014

Jelzins Putsch...

Fortsetzung von Seite 1

Sicherheitskräften wurde die Erlaubnis gegeben, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung vorzunehmen und an Hauptstraßen und Verkehrsknotenpunkten Kontrollen durchzuführen. Der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow sagte, daß die Hauptstadt von „unerwünschten“ Personen „gesäubert“ würde. Schon jetzt werden 600 Unterstützer des Parlaments in einem Sportstadion im Bezirk Krasnaja Presnja festgehalten. Die Bandbreite der verbotenen Gruppen reicht von verschiedenen „kommunistischen“ Parteien bis zur „links-rechten“ Nationalen Rettungsfront und dem faschistoiden Russischen Nationalen Sobor.

Ruzkoi/Chasbulatow und die von Faschisten durchgesetzte „rot-braune“ Koalition, die sie unterstützt hat, sind genauso Feinde der Arbeiterklasse wie Jelzin. Aber wie wir im letzten März geschrieben haben: „Die Arbeiterklasse muß gegen Maßnahmen, die sie unter das Joch einer bonapartistischen Diktatur spannen sollen, aus welcher Ecke sie auch kommen, Widerstand leisten“ („Dogfight in Moscow“ [Nahkampf in Moskau], *Workers Vanguard* Nr. 572, 26. März). Jetzt hat die auch bisher schon weitverbreitete Furcht und das Mißtrauen gegenüber Möchtegern-Zar Boris noch enorm zugenommen. Die dringende und unmittelbare Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist es zu verhindern, daß Jelzin im Anschluß an diesen Putsch einen wirksamen Polizeistaat konsolidieren kann. Klassenbewußte Arbeiter müssen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustands, der Zensur und des Verbots von politischen Parteien fordern und verlangen, daß alle verhafteten Jelzin-Gegner sofort freigelassen werden.

Jetzt ist eine massive antikommunistische Hexenjagd im Gange. Auf längere Sicht ist der eigentliche Zweck des Jelzin-Putsches, das Gespenst des Widerstands der Arbeiterklasse gegen die Verwüstungen der kapitalistischen Restauration abzuschütteln. Nachdem die Imperialisten die Ergebnisse der polnischen Wahlen vom 19. September gesehen hatten, waren sie besorgt, daß es zu einer Ausweitung des „polnischen Szenarios“ auf Rußland kommen könnte.

Die heutigen Herren des Kreml und die Imperialisten, die hinter ihnen stehen, wollen jegliche politische Opposition im Keim ersticken und eine diktatorische Herrschaft verhängen. In unserem Artikel „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde“ (*Spartakist* Nr. 100, Januar 1993) haben wir gewarnt: „Damit Jelzin und die anderen restaurativen Kräfte ein stabiles kapitalistisches Regime festigen können, ist wahrscheinlich eher früher als später eine blutige Abrechnung zu erwarten, die den Massen signalisiert, daß es eine neue Ordnung gibt.“

Aber es wird bei der Durchführung ihres drakonischen Wirtschaftsprogramms, und weil Rußlands ausgedehnte Regionen offenkundig Moskauer Anweisungen mißachten, auch weiterhin heftige Auseinandersetzungen geben. Der russische bürgerliche Staat bleibt weiterhin schwach und zersplittert, eine stabile kapitalistische Klasse muß sich erst noch herausbilden, und die sich immer mehr verschärfende Verelendung der Werktätigen kann in der nächsten Zeit ohne weiteres zu Explosionen des Klassenkampfes führen. Am dringendsten braucht das multinationale sowjetische



Der Spiegel



AP

Möchtegern-Zar Boris mit Gegenspieler Chasbulatow (links). Im August 1991 waren beide im konterrevolutionären Lager vereint. Rechts: Jelzin lädt zu „freien Wahlen“

Proletariat die Schmiedung des Kerns einer internationalistischen Avantgardepartei, die für eine sozialistische Revolution kämpft, um Jelzin und alle Möchtegern-Ausbeuter wegzufegen.

Bruch im konterrevolutionären Lager

Die westlichen Medien beschreiben die Anti-Jelzin-Kräfte um das russische Parlament als eine „konservative“ Opposition von „Hardlinern“, die gegen die „Reformen des freien Marktes“ sind und irgendwie die Wiederherstellung des alten Sowjetsystems anstreben. In Wirklichkeit gehörten Ruzkoi und Chasbulatow früher zu den wichtigsten Unterstützern von Jelzin, sie standen im August 1991 Schulter an Schulter mit ihm an den Barrikaden vor dem „Weißen Haus“, als er im Anschluß an den vermurksten Kreml-Putsch die Macht ergriff.

Seitdem sind die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution in zwei rivalisierende Lager zerfallen, obwohl ihre Differenzen beileibe nicht unversöhnlich sind. Jelzin hat die Rolle des Hauptagenten für den westlichen Imperialismus übernommen, um Rußland in eine unterwürfige Neokolonie von Wall Street und Frankfurt zu verwandeln. Ruzkoi und Chasbulatow profilieren sich als Sprecher für nationalistische Kräfte, ab und zu greifen sie auch den IWF und die Regierungen des Westens demagogisch an, weil sie Rußland herabwürdigen und ins Elend treiben. Sie haben an Elemente im Militär zu appellieren versucht, denen es überhaupt nicht paßt, zusehen zu müssen, wie die ehemalige Supermacht in einen neokolonialen Vasallen des Westens verwandelt wird; und sie wandten sich an die korporatistische Fraktion der Industriemanager, die nicht mitansehen wollten, wie ihre Fabriken als Opfergabe auf dem Altar des IWF-Monetarismus geschlossen werden.

Warum also ist es der parlamentarischen Opposition nicht gelungen, Unterstützung entweder vom Offizierskorps oder von den Industriellen zu bekommen? Und warum hat es bei der immer ernsteren wirtschaftlichen Notlage für die Massen keine Welle von Opposition in der Bevölkerung gegen Jelzins Präsidial-Putsch gegeben?

Die nationalistisch-korporatistische Fraktion der entstehenden russischen Kapitalistenklasse, deren wichtigster politischer Vertreter der Bürgerunion-Führer Arkadi Wolski ist, versucht die bestehende Industriestruktur im Kern zu erhalten. Weil die riesigen Unternehmen, die geschaffen

Fortgesetzt auf Seite 10



OMON-Spezialeinheiten signalisieren den Massen eine blutige Neuordnung

dpa

Jelzins Putsch...

Fortsetzung von Seite 9

wurden, um in einer zentral geplanten Wirtschaft der ganzen Sowjetunion zu funktionieren, auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht rentabel sind, besteht der einzige Weg, sie gegenwärtig am Leben zu erhalten, in massiven Subventionen durch die Zentralbank, was zu einem hyperinflationären Haushaltsdefizit führt. In den letzten paar Jahren haben Wolski & Co. sich ständig ein Tauziehen geliefert mit den „Schockbehandlungs“-Ökonomen, repräsentiert durch Jelzins ehemaligen Ministerpräsidenten Jegor Gaidar.

Die gegenwärtige politische Machtprobe begann, als Jelzin unter dem Druck von internationalen Finanziers Gaidar zum ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannte, wenige Tage vor dem Dekret über die Auflösung des Parlaments. Statt die parlamentarische Opposition zu unterstützen, drängten die Korporatisten auf eine Kompromißlösung, und zwar Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammenzulegen, und landeten schließlich in Jelzins Lager. Warum?

Als kapitalistische Kraft braucht die „Industriellenpartei“ zunächst soziale und politische Stabilität. Wolski und seine Manager-Kollegen wissen, daß selbst eine „verlangsamte“ Einführung des Marktes zu Massenarbeitslosigkeit und potentiell explosiven sozialen Unruhen führen wird. Daher haben sie immer eine solide „Einheitsfront“ der entstehenden Bourgeoisie angestrebt und auf ein bonapartistisches Regime gedrängt, egal ob unter der Führung von Ruzkoi, Jelzin oder sonst jemandem. Aber als am letzten Wochenende der Trotz des Parlaments gegenüber Jelzin auf die Straße getragen wurde und damit der Zündfunke zu einem Bürgerkrieg zu werden drohte, trieb dies Wolski & Co. aus der Neutralität in Jelzins Arme. Außerdem sind sich diese versierten Geschäftsleute völlig bewußt, daß sie selbst zur Instandhaltung und erst recht zur Modernisierung der russischen Fabriken eine riesige Infusion von westlichem Geld brauchen. Die Imperialisten sitzen auf den Dollars und D-Mark, und Jelzin ist ihr Mann. Aber die Imperialisten sind nicht unwiderruflich an den Monetarismus im IWF-Stil gebunden und könnten in eine eher korporatistische Politik einwilligen, besonders angesichts der polnischen Wahlen.

Der ehemalige General der Luftstreitkräfte, Ruzkoi, zählte auf Unterstützung durch das Militär noch mehr, als er mit den Industriellen rechnete. Wenn überhaupt, dann hat ein bedeutender Teil des Offizierskorps zweifellos eher Sympathien für Ruzkoi's Sorte von hartem russischem Nationalismus als für Jelzins kriecherische Unterwürfigkeit gegenüber den USA. So war es keineswegs von vornherein

klar, daß das Militär Maßnahmen ergreifen würde, das Parlament auseinanderzujagen. Hohe Generäle hatten ihre Abneigung dagegen erklärt, Truppen einzusetzen. Sie fürchteten die Aussicht auf einen Bürgerkrieg, der zu einer Spaltung in der Armee führen würde und zu einem völligen Auseinanderfallen des russischen Staates. Diese Furcht spitzte sich über das Wochenende zu, nachdem der Kream ein Ultimatum verkündet hatte, daß bis Montag das Parlament geräumt werden müsse. Am Sonntag durchbrach eine Protestdemonstration von rund 15 000 Menschen, organisiert von der „rot-braunen Koalition“, die Polizeiketten, und bewaffnete Ruzkoi-Anhänger starteten Angriffe auf das Gebäude des Moskauer Bürgermeisters und den Fernsehkomplex Ostankino.

Letzten Endes war entscheidend, wer die Soldauszahlung kontrolliert. Ein Reuters-Bericht (4. Oktober) von Carol Giacomo bemerkte: „Hohe Beamte der US-Regierung haben gesagt, daß sich das Militär hinter Jelzin stellte, weil ihre Führer verstehen, daß Chasbulatow und Ruzkoi zur Wirtschaft keine besseren Antworten parat haben als Jelzin, und erkennen, daß Jelzin die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und somit Zugang zu Finanzhilfen hat.“

„Rot-braune Koalition“ stößt Arbeiterklasse ab

Der entscheidende Faktor, der den Charakter und das Ergebnis der Machtprobe zwischen dem russischen Parlament und Jelzin bestimmte, war die Abwesenheit der Arbeiterklasse als aktive Kraft. Die *Los Angeles Times* bemerkte am 23. September zu der vorherrschenden Stimmung in den Straßen Moskaus: „Stell dir vor, sie hätten einen Putsch, und niemand würde sich darum kümmern.“ Die lang anhaltende Fehde zwischen Kream und Weißem Haus wird allgemein (und zu Recht) angesehen als ein Streit zwischen korrupten und zynischen Fraktionen. Soweit Ruzkoi et al. mit irgendeiner politischen Linie identifiziert werden, ist es extremer russischer Nationalismus, der mit reaktionärer Sozialpolitik verbunden ist. Letzten Sommer beispielsweise schlug das Parlament vor, das Abtreibungsrecht zu verbieten: Abtreibung war unter dem alten sowjetischen System legal und kostenlos.

Zu den militanten Verteidigern des russischen Parlaments gehörte eine Menge vorgeblich kommunistischer Gruppierungen, darunter die RKR von Viktor Anpilow und Ex-General Albert Makaschow, die wesentliche Führer in den Straßen waren, und die RPK von Anatoli Krjutschkow, der auf dem Balkon des Weißen Hauses an Ruzkoi's Seite erschien. Von Anfang an haben diese Überreste der kleinbürgerlichen stalinistischen Bürokratie die Restaura-

tion des Kapitalismus unterstützt.

Fast zwei Wochen lang hatte es ein Patt zwischen den konkurrierenden Fraktionen der bürgerlichen Restauration gegeben. Diejenigen, die sich vor dem Weißen Haus versammelten, unterstützten politisch einen Flügel der Kräfte der kapitalistischen Restauration. Doch hätte es, als der Kampf auf die Straße getragen wurde, eine bedeutende Spaltung im Staatsapparat gegeben, die ein klares Machtvakuum eröffnete, dann hätte es die Möglichkeit für eine proletarische Mobilisierung unabhängig von beiden Lagern gegeben mit dem Ziel, alle kapitalistischen Kräfte wegzufegen. Aber die Unruhen haben diesen Punkt nicht erreicht, und die Arbeiterklasse sah niemanden, der für ihre Interessen kämpft.

Trotz all ihrer roten Fahnen sind die stalinistischen „Patrioten“ eng verbunden mit dem monarchistischen/faschistischen Abschaum und handeln als Lakaien des korporatistischen Flügels der flügge werdenden Bourgeoisie. Sie stehen der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse feindlich gegenüber und sind gegen jeden Streik, vom Fluglotsenstreik letztes Jahr bis zum ukrainischen Bergarbeiterstreik vor kurzem. Wegen ihres primitiven Gemisches von russischem Chauvinismus, virulentem Antisemitismus und Rassismus gegen Minderheiten aus dem Kaukasus und anderswo werden sie von allen verabscheut, außer von den rückständigsten, am meisten lumpenproletarisch gewordenen Elementen der Arbeiterklasse.

Der ex-stalinistische offizielle „Gewerkschafts“verband FNPR gehört zur korporatistischen Fraktion und ist ein Bestandteil von Wolskis Bürgerunion. Eine der von Jelzin verbotenen Zeitungen, *Rabotschaja Tribuna*, wurde gemeinsam von den FNPR-„Gewerkschaften“ und der Union der Industriellen und Unternehmer herausgegeben. Zu Beginn des zweiwöchigen Patts redete der FNPR einige Male davon, über Streiks zur Verteidigung der demokratischen Einrichtungen nachzudenken, aber er folgte Wolski und gab am Montag morgen einen Aufruf zu „Gesetz und Ordnung“ à la Jelzin heraus.

Angesichts der Passivität der Arbeiterklasse hat die Fügsamkeit gegenüber dem Westen grundlegend den Ausgang der Machtkämpfe unter der herrschenden Elite in Moskau in all den Jahren nach Breschnjew bestimmt. Im Grunde ist dies ein Abfallprodukt von Stalins „Sozialismus in einem Land“, der die Möglichkeit von proletarischen Revolutionen im imperialistischen Westen leugnete und das Hirngespinnst der „friedlichen Koexistenz“ predigte.

Rußland nach der Sowjetunion: Verelendung, Plünderung und Chaos

Als Jelzin den Kreml übernahm und dann die Auflösung der Sowjetunion für Ende 1991 ankündigte, verkündeten westliche Regierungen und die Medien ein neues Zeitalter der „Demokratie“ und des Kapitalismus des „freien Marktes“. Die Wirklichkeit ist wirtschaftlicher Zusammenbruch und soziales Chaos gewesen. Der Kollaps der sozialen Ordnung hat einen Punkt erreicht, wo tödliche Krankheiten wie

Cholera und Diphtherie wiederaufgetaucht sind, besonders in Regionen der ehemaligen UdSSR, die durch ethnische Blutfehden und Bürgerkriege verwüstet werden, so wie der Kaukasus und Zentralasien.

Aber der westliche Imperialismus verlangt konterrevolutionäre Ordnung in Rußland, nicht konterrevolutionäres Chaos. Das russische kapitalistische Haus in Ordnung zu bringen wird zuerst und vor allem bedeuten, den Arbeitern beizubringen, daß die kapitalistische Ausbeutung mit den Zwillingdrohungen Aushungern und Unterdrücken funktioniert. Da Jelzin – oder sein Nachfolger – etwas unternimmt, um auf die Arbeiterklasse und auf nationale Minderheiten mit der Knute einzuschlagen, geht es in der nächsten Periode genau um eine Reihe von defensiven Kämpfen gegen Massenentlassungen sowie gegen Angriffe auf Frauenrechte und weitere bonapartistische Maßnahmen. Aus diesen Kämpfen wird eine neue Schicht revolutionärer Kämpfer hervorgehen, proletarische Internationalisten, die den Kern einer bolschewistischen Partei, die den Namen verdient, darstellen werden.

Die Aufgabe, vor der echte Kommunisten in Rußland stehen, besteht darin, einen hartnäckigen Propagandakampf zu führen, um Jahrzehnte stalinistischen Gifts zu überwinden, das die sowjetische Arbeiterklasse atomisierte und lähmte, während es ihre revolutionären Traditionen ausrottete und selbst das elementarste Klassenbewußtsein untergrub. Die russische revolutionäre Arbeiterbewegung – aus der die Bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki herauskristallisiert wurde – wurde durch Jahre von geduldiger marxistischer Schulung, illegaler Organisation und militanter Massenkämpfe gestählt; dabei ging es nicht nur um die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch gegen alle Erscheinungsformen der zaristischen Selbstherrschaft und Pogrompolitik. Nicht umsonst bestand Lenin darauf, daß die proletarische Partei als ein „Volkstribun“ dienen muß. Nur auf der Basis von gründlichem proletarischem Internationalismus konnten die Arbeiter des zaristischen Rußlands und ihre leninistische Avantgarde danach streben, eine sozialistische Revolution in einem der rückständigsten Länder Europas in die Tat umzusetzen und mehr als hundert unterschiedliche Nationalitäten im gemeinsamen Klassenkampf zusammenzubringen.

Wie wir in „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde“ (*Spartakist* Nr. 100, Januar 1993) schrieben:

„Was vor allem gebraucht wird, ist eine revolutionäre Führung, die in der Lage ist, die Spaltungen zu überwinden, die durch Chauvinismus und Nationalismus hervorgerufen werden, die Jahrzehnte von falschem Bewußtsein abzutragen, das vom Stalinismus gefördert wurde, und die Kämpfe in der Ex-UdSSR mit denen des Weltproletariats zu verbinden.“

Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, eine sowjetische Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale aufzubauen. Für eine sozialistische Revolution, die Jelzins blutiges Hungerregime wegfeigen wird!

Nach Workers Vanguard Nr. 585, 8. Oktober

Veranstaltungen der Spartakist-Arbeiterpartei

Für die Wiederschmiedung einer bolschewistischen Partei! Jelzins blutiger Putsch dient den Imperialisten

Berlin

Donnerstag, 14. Oktober, 18.30 Uhr
Linkstreiff, Weddingstraße 6
13357 Berlin
(U-Bahn Nauener Platz)

Leipzig

Donnerstag, 21. Oktober, 19.00 Uhr
Haus der Volkssolidarität
Gottschedstraße 33
04109 Leipzig

Hamburg

Sonnabend, 6. November, 16.00 Uhr
Haus für Alle
Amandastraße 58
20357 Hamburg

Was hinter dem Krieg auf dem Balkan steckt: Imperialistische Scheinheiligkeit, kapitalistische Konterrevolution



Der Spiegel

Kommunistischer Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat Zehntausende umgebracht und Millionen vertrieben

„Ethnische Säuberungen“ und nationalistische Kriege

Teil eins dieses Artikels erschien im Spartakist Nr. 106, September 1993. Teil zwei wurde aus Workers Vanguard Nr. 581, 30. Juli, übersetzt und leicht gekürzt.

Teil zwei von zwei

Die schrecklichen kommunalistischen Massaker und Zwangsvertreibungen, die jetzt als „ethnische Säuberungen“ bezeichnet werden, gibt es beileibe nicht nur auf dem Balkan, sondern sie geschehen bei imperialistischen und nationalistischen Kriegen immer wieder in Gebieten, deren Bevölkerung sich aus verschiedenen nationalen oder ethnischen Gruppen zusammensetzt. Die deutschen Nazis haben über ihre „Endlösung“ zur Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes und ihren Völkermord an den Roma und Sinti hinaus auch noch versucht, den slawischen Gebieten Osteuropas „Lebensraum“ für ein Großdeutschland zu entreißen. Dies wurde in riesigem Ausmaß von den „Einsatzgruppen“-Todeskommandos durchgeführt. Ihre Terror-techniken sind von rechtsgerichteten Diktaturen auf der ganzen Welt kopiert worden (Pinochets Geheimpolizei DINA z.B. wurde von dem ehemaligen SS-Schergen beraten, der die fahrbaren Gaskammern entwickelte). Und eine auffällige Anwendung von „ethnischen Säuberungen“ seit dem Zweiten Weltkrieg ist der andauernde Krieg der israelischen Zionisten, die ihren eigenen „Lebensraum“ gegen das arabische palästinensische Volk durchsetzen wollen.

Im Krieg von 1948 war das einzelne Ereignis, das die arabische palästinensische Bevölkerung am meisten in Schrecken versetzte, das Massaker in Deir Yassin an 254 zum größten Teil unbewaffneten Dorfbewohnern, darunter viele Frauen, ältere Menschen und Kinder. Die Leichen wurden verstümmelt, und die 150 Überlebenden wurden in offenen LKWs durch das nahegelegene Jerusalem gekarrt, damit man sie bespucken konnte. Die „offizielle“ zionistische Version ist, daß diese berüchtigte Greuelthat einzig und allein von der terroristischen Irgun begangen wurde. In Wirklichkeit hat der kommandierende Haganah-Offizier (von den „Labour“-Zionisten dominierte jüdische Streitkräfte) von Jerusalem die Operation voll gedeckt, Waffen und Munition an die Irgun geliefert, und die Palmach-Kommandos der Haganah sorgten für Artillerie-Unterstützung bei dem Überfall. Und Deir Yassin war durchaus kein Einzelfall. In einem Fall, am 1. Mai 1948, griffen die Zionisten das Dorf 'Ein az Zeitun an, trieben rund 70 arabische Einwohner zusammen und führten sie zu einer Schlucht in der Nähe, wo sie auf Befehl des Palmach-Kommandeurs umgebracht wurden.

In einem Artikel, den Israel Shahak, der mutige Verteidiger der Rechte der Palästinenser (und Überlebender des Nazi-Todeslagers Bergen-Belsen), übersetzte und verbreitete, berichtet Guy Erlich über die Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus den Dörfern Ramle und Lydda bei Jerusalem: Nach Dokumenten der israelischen Armee-Archive gab der Palmach-Kommandeur den Befehl, eine Gruppe von arabischen Kämpfern in einer kleinen Moschee

in Lydda in die Luft zu jagen. „Eine Gruppe von 20 bis 50 Einwohnern wurde dann hineingebracht, um die Moschee sauberzumachen und die Überreste der Toten zu begraben. Als sie damit fertig waren, wurden auch sie erschossen und in die Gräber geworfen, die sie selbst gegraben hatten.“

Auf direkten Befehl des israelischen „Labour“-Ministerpräsidenten David Ben-Gurion wurde die gesamte Bevölkerung beider Orte in einem Gewaltmarsch in die Wüste vertrieben. Schätzungen über die Zahl der betroffenen Flüchtlinge reichen von 75 000 bis 100 000 (die normale Bevölkerung der Städte war durch Flüchtlinge stark angestiegen). Die verzweifelten Flüchtlinge wurden ihrer Habseligkeiten beraubt und wurden ohne Nahrungsmittel und Wasser vom israelischen Granatwerferfeuer in die Wüste getrieben. Ungezählte Hunderte starben an Erschöpfung, Wassermangel und Krankheiten, als sie sich tagelang in der heißen Julisonne dahinschleppten. Ein israelischer Soldat schilderte die schrecklichen Spuren, die die Flüchtlingskolonne hinter sich ließ: „Am Anfang waren es Utensilien und Möbelstücke und am Ende die Leichen von Männern, Frauen und Kindern, die man am Wege liegen sah.“

Marxismus und auf gleichem Gebiet lebende Völker

Diese unglaublichen Greueltaten waren untrennbar verbunden mit der Konsolidierung der hebräischsprachigen Bevölkerung in Palästina zu einer Nation. Für einen Großteil der Linken hinterließen diese Verbrechen gegen das arabische palästinensische Volk ein Kainsmal bei der hebräischsprachigen Nation, der das historische Existenzrecht abgesprochen wurde. Aber Marxisten akzeptieren nicht den nationalistischen Rahmen der „Kollektivschuld“, wonach spätere Generationen für die Verbrechen ihrer Vorfahren bestraft werden sollen. Während wir für die Sache der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker eintreten, ist unsere Antwort auf nationale Unterjochung nicht die Umkehrung der Bedingungen der Unterdrückung. Als Internationalisten sind wir die politischen Gegner aller Varianten von Nationalismus und kämpfen dafür, durch Arbeiterrevolution alle Formen von nationaler und anderer sozialer Unterdrückung auszumerzen.

Worum es in Palästina geht, sind *miteinander in Konflikt stehende nationale Rechte von zwei Völkern, die das gleiche*

Gebiet bewohnen. Mitte der 70er Jahre führte die Spartacist League [SL/U.S., amerikanische Sektion der IKL] über die nationale Frage bei Völkern, die auf dem gleichen Gebiet leben, eine Diskussion durch, die durch eine Neueinschätzung unserer Position zum Krieg von 1948 in Palästina ausgelöst wurde. Damals hatte ein ganzes Spektrum von Neulinken, Stalinisten und Pseudotrotzkisten die Sache einer mythischen, klassenlosen „arabischen Revolution“ auf ihre Fahnen geschrieben und die Feindschaft gegen Israel all der arabischen Herrscher, die bei der Entrechtung der Palästinenser gemeinsame Sache mit den Zionisten gemacht hatten, als Antiimperialismus hingestellt. Doch wie wir in unserer Artikelreihe „Birth of the Zionist State“ [Geburt des zionistischen Staates] (*Workers Vanguard* Nr. 33 und 45, 23. November 1973 und 24. Mai 1974) feststellten:

„Marxisten geben nicht vor, hoch oben bei den Göttern zu sitzen und majestätisch die guten, aber unterdrückten Völker mit dem Recht auf Selbstbestimmung zu belohnen und die schlechten Unterdrückervölker in alle vier Himmelsrichtungen zu zerstreuen.“

Unsere grundlegende Methodik in bezug auf die nationale Frage ging aus dieser ganzen Diskussion unverändert hervor: Als Leninisten treten wir gleichermaßen für die nationalen Rechte aller Völker ein, in diesem Fall sowohl des arabischen palästinensischen als auch des hebräischsprachigen Volkes, während wir das palästinensische Volk gegen den Terror des zionistischen Staates verteidigen. Auf dieser Basis wären wir 1948 für die militärische Unterstützung einer unabhängigen palästinensischen Kraft, wenn es sie gegeben hätte, gegen den zionistischen Staat und die Armeen der Arabischen Liga gewesen, die *beide* die nationale Existenz der palästinensischen Araber unterdrücken wollten. Genauso wären Marxisten für die revolutionäre Verteidigung des hebräischsprachigen Volkes eingetreten, falls die arabischen bürgerlichen Regime mit dem Ziel, den Anschluß zu erreichen, angegriffen hätten, was das Überleben der jüdischen Bevölkerung in Palästina bedroht hätte.

Vor dieser Diskussion hatte die Spartacist League die Position gehabt, daß die Intervention der Arabischen Liga im Mai 1948 das Überleben des hebräischen Volkes und sein Recht auf Selbstbestimmung bedroht hätte. Während wir gegen die Teilung waren und für die Rückkehr der

Fortgesetzt auf Seite 14

Jaffa-Vorort Man-shiyeh, nachdem Bombardierung und Angriff der Zionisten im April 1948 die 70 000 arabischen Einwohner der Stadt vertrieben hatten





Damals die Ustascha, heute Tudjman – das deutsche Reich als Pate für „ethnische Säuberungen“ immer dabei

„Ethnische Säuberungen“...

Fortsetzung von Seite 13

vertriebenen Palästinenser kämpften, unterstützten wir den Aufruf zum Sieg der Haganah über die Arabische Legion. Eine Neueinschätzung der Ereignisse von 1948 zeigte jedoch klar, daß die arabischen Armeen zu keinem Zeitpunkt die Existenz der hebräischen Nation gefährdeten. Unsere Schlußfolgerung fand ihren Ausdruck im folgenden Antrag, der vom Zentralkomitee der SL/U.S. am 16. März 1974 angenommen wurde:

„Die korrekte trotzkistische Politik gegenüber dem Palästina-Krieg von 1948 war eine Politik des revolutionären Defätismus (und die Ausübung von Selbstverteidigung durch bestimmte Ortschaften und Siedlungen, wenn sie angegriffen wurden), denn:

1. Daß die demokratische Frage der Selbstbestimmung jeder der beiden Nationalitäten oder Völker, die auf dem gleichen geographischen Gebiet leben, eine gerechte Lösung findet, ist nur vorstellbar im Rahmen des Proletariats an der Macht;
2. Konkret 1948 – die von den Zionisten geführten Juden besaßen die soziale/militärische Organisation, um ihren eigenen Nationalstaat zu erreichen und auszuweiten. Die palästinensischen Araber waren desorganisiert, ineffektiv und wurden von allen Seiten verraten. Mit der Ausnahme der Schlacht um Jerusalem bestanden die transjordanischen (und von den Briten angeregten und unterstützten) Kriegsziele darin, mit den Juden um die Aufteilung der Gebiete der palästinensischen Araber in Konkurrenz zu treten. Die Rolle der anderen ausländischen arabischen Armeen war im wesentlichen eine Pose, sie wollten die Unzufriedenheit innerhalb ihrer eigenen Staaten ablenken.“ (Zitiert in *Workers Vanguard* Nr. 45, 24. Mai 1974)

Diese Diskussion über die nationale Frage in einer Situation, wo die palästinensischen Araber und das hebräischsprachige Volk ihren eigenen Staat jeweils nur auf Kosten der anderen Nation errichten konnten, führte zu weiterreichenden Schlußfolgerungen allgemein für Völker, die auf dem gleichen Gebiet leben:

„Wenn nationale Bevölkerungen auf dem gleichen geographischen Gebiet leben, so wie in Palästina, dann kann ein unabhängiger Nationalstaat nur durch ihre gewaltsame Trennung (Zwangsvertreibung usw.) geschaffen werden. Daher wird das demokratische Recht auf Selbstbestimmung abstrakt, denn es kann nur von der stärkeren nationalen Gruppierung ausgeübt werden, die die schwächere vertreibt oder zerstört.

In solchen Fällen liegt die einzige Möglichkeit für eine demokratische Lösung in einer sozialen Umwälzung.“

Im Kapitalismus steht notwendigerweise eine Nation gegen die andere im Konkurrenzkampf um Märkte und knappe Ressourcen, selbst um die grundlegendsten Dinge – wie die Aufteilung des Wassers des Jordans (oder des Euphrats) oder die Verteilung des Ölreichtums. Solche Konflikte können auf gerechte Weise nur in einer international geplanten Wirtschaft gelöst werden. Nur unter proletarischer Herrschaft, in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, ist es möglich, den berechtigten nationalen Rechten aller Völker der Region Geltung zu verschaffen. Die sozialistische Revolution wird einen scharfen Bruch mit dem vorherrschenden nationalistischen Bewußtsein erfordern, in Richtung auf die Bildung eines binationalen hebräisch-arabischen Arbeiterstaates, doch eine sozialistische Föderation könnte auch eigenständige Nationalstaaten enthalten.

Wir stellten damals fest, daß solche Überlegungen auch für andere Situationen gelten, wo es einen bunten Teppich kommunaler/ethnischer Gruppen gibt, was heute in Jugoslawien von besonderer Bedeutung ist:

„Zum Beispiel führte der Zerfall des alten multinationalen türkischen Reiches zu einer Periode von verschärften mörderischen nationalen Konflikten auf dem Balkan. Die Jahrhunderte von nationalen Haßausbrüchen und Massakern zum Beispiel zwischen dem serbischen und dem kroatischen Volk übertrafen die Geschichte der nationalen Auseinandersetzungen zwischen den Hebräern und Arabern im Nahen Osten. Die einzige Grundlage für die Einheit der Serben und Kroaten (und der anderen Völker) in Jugoslawien war der Triumph der Partisanen-Armeen, gegen alle Nationalisten, nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Kampf, der die Fesseln des Kapitalismus zerbrach und dessen Resultat die Schaffung eines deformierten Arbeiterstaates in Jugoslawien war.“ (*Workers Vanguard* Nr. 45, 24. Mai 1974)



Editions Planeta

Jugoslawische Partisanen durchbrachen bei ihrem Kampf gegen die Nazis die nationalen Gegensätze

Aber mit seiner stalinistisch-nationalistischen Politik konnte das Tito-Regime keine wirkliche Gleichheit zwischen den jugoslawischen Völkern verwirklichen und auch nicht über die engen Grenzen Jugoslawiens hinausgehen, um für eine sozialistische Föderation des Balkans zu kämpfen, denn das hätte die sozialistische Revolution im kapitalistischen Europa und eine proletarisch-politische Revolution im ganzen Sowjetblock auf die Tagesordnung gesetzt. Das gegenwärtige Gemetzel in Jugoslawien zeigt, wie schnell diese unvollständige Lösung der nationalen Frage rückgängig gemacht werden konnte mit der Wiederkehr der kapitalistischen Herrschaft.

Im explosivsten und am längsten dauernden nationalen Konflikt in Westeuropa stehen sich in Nordirland (Ulster) irische Katholiken und von Schotten und Engländern abstammende Protestanten, die vor Jahrhunderten in Irland als ein Knüppel gegen die Katholiken angesiedelt wurden, gegenüber. Die Aufteilung von 1921 durch den britischen Imperialismus führte zur Gründung der katholisch dominierten Irischen Republik im Süden, während Ulster mit einer protestantischen Mehrheit unter britischer Herrschaft blieb, und schuf damit eine Situation, wo die Ausübung der vollständigen Selbstbestimmung durch eine der beiden Bevölkerungsgruppen im Norden notwendigerweise die Unterdrückung für die andere bedeutet. Ein unabhängiges kapitalistisches Ulster würde unweigerlich die Unterdrückung der irisch-katholischen Minderheit aufrechterhalten; auf der anderen Seite ist eine Zwangsvereinigung der ganzen Insel (im Namen von „irischer Selbstbestimmung“) ein Aufruf zur Unterdrückung der Protestanten in einer von Katholiken dominierten reaktionären klerikalistischen Irischen Republik.

In unseren „Thesen über Irland“ (*Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 6, Juni 1978) forderten wir den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der britischen Armee aus dem Norden und erklärten zugleich, daß die einzige gerechte Lösung für die widersprüchlichen Ansprüche dieser auf dem gleichen Gebiet lebenden Bevölkerungsgruppen darin besteht, eine irische Arbeiterrepublik als Teil einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln zu errichten. Diese „Thesen“ stellen fest, daß es in der Geschichte der irischen Arbeiterbewegung Beispiele für wichtige Solidaritätsaktionen der Arbeiter gegeben hat, was zeitweise die sektiererischen Spaltungen überwunden hat, und kommen zu dem Schluß:

„Die Beispiele von Klassensolidarität sind kein Beweis für einen tiefsitzenden Zug zur Klasseneinheit; sie widerlegen nicht, daß die Situation durch sektiererischen Haß vergiftet ist. Sie weisen jedoch auf die Interventionsmöglichkeiten hin, die für eine revolutionäre Organisation, mag sie bis dahin vielleicht auch isoliert, schwach und klein sein, aufbrechen können, um den Verlauf des Konflikts auf eine Entscheidung zugunsten des Proletariats und auf die proletarische Revolution zuzuspitzen.“

Beispiele für bedeutsame Solidarität der Arbeiterklasse über die sektiererische Spaltung hinweg sind unter anderem der Streik der Belfast Arbeiter im Maschinenbau 1919 und die Massenbewegung von Arbeitslosen in den 30er Jahren.

Die Formierung multinationalaler Staaten in Osteuropa

Wenn man auch in den entwickelten kapitalistischen (imperialistischen) Ländern Beispiele für Völker finden kann, die auf dem gleichen Gebiet zusammenleben, wie im Fall Irland, ist dies doch relativ selten. Hauptsächlich trifft man auf dieses Phänomen in Ländern mit mittlerer wirtschaftlicher Entwicklung, besonders in Osteuropa und dem östlichen Mittelmeerraum, und zwar aus konkreten histori-



ND/Burkhard Lange

März 1991: Einheitsfrontdemo, initiiert vom Komitee für soziale Verteidigung während des imperialistischen Kriegs gegen Irak, fordert: „Kein Maulkorberlaß gegen Menschen aus dem Nahen Osten“. Plakate auf Arabisch und Hebräisch lauten u. a. „Für proletarische Revolution gegen Scheichs, Obristen und zionistische Schlächter!“

schen Gründen. In den Nationalstaaten Westeuropas wurde die Herausbildung einer national relativ homogenen Bevölkerung (ein Faktor, der die Ausweitung des Warenaustauschs begünstigt) in den zurückliegenden Jahrhunderten erreicht und war eng verknüpft mit der Entwicklung nationaler Märkte und dem Aufstieg der Bourgeoisie. Andere Bevölkerungsgruppen wurden in die vorherrschende nationale Kultur assimiliert, zum Teil durch Zwang – manchmal recht brutal –, aber größtenteils durch wirtschaftliche Faktoren infolge der Entwicklung von Handel und Produktion.

In der gegenwärtigen imperialistischen Epoche jedoch, wo der Kapitalismus sich nicht mehr in seiner progressiven Phase befindet, sondern in seinem Zerfall – zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert symbolisieren die massive Zerstörung der Produktivkräfte –, stößt jeder Versuch, in den kolonialen und ex-kolonialen Ländern eine „Nation aufzubauen“, unvermeidlich auf Barrieren, die eine dauerhafte eigenständige wirtschaftliche Entwicklung verhindern. Man muß sich nur die nachkoloniale wirtschaftliche Rückentwicklung Afrikas anschauen (was Apologeten einer von den USA dominierten „Neuen Weltordnung“ dazu benutzen, die Wiedereinführung des Kolonialismus unter dem Deckmantel von UN-„Treuhanderschaft“ zu rechtfertigen) und das „verlorene Jahrzehnt“ in Lateinamerika infolge der von den Banken inszenierten „Schuldenkrise“, was den Lebensstandard der Massen um 50 Prozent oder mehr herabgedrückt hat. Dadurch, daß der wirtschaftliche Kuchen drastisch schrumpft, führen Versuche, eine Nation zusammenzufügen, zur Auslöschung nationaler Minderheiten, oftmals unter dem Vorwand, Minderheiten, die unter kolonialem „Teilen und Herrschen“ von den Imperialisten bevorzugt wurden (z.B. die Tamilen in Sri Lanka), zu „bestrafen“.

Die Entwicklung der klassischen Nationalstaaten in Westeuropa im 17. und 18. Jahrhundert (und anderswo im 19. Jahrhundert) war das Sprungbrett für die industrielle Revolution und die Herausbildung der großen imperialistischen Weltmächte. Aber die Konsolidierung des französischen Nationalstaats vollzog sich auch über mehr als fünf

Fortgesetzt auf Seite 16

„Ethnische Säuberungen“ ...

Fortsetzung von Seite 15

Jahrhunderte fast ununterbrochener Kriege, vom Kreuzzug gegen die Albigenser im 13. Jahrhundert über den Hundertjährigen Krieg im 14. und 15. Jahrhundert bis zu den Religionskriegen im 16. Jahrhundert und der Fronde im 17. Jahrhundert. Es begann mit der berühmten Order des französischen Befehlshabers im frühen 13. Jahrhundert, als er den Angriff auf die im Süden gelegene Region Languedoc befahl – „Tötet sie alle! Gott wird sich der Seinen annehmen“ –, und wurde weitergeführt mit der Vertreibung der Juden 1394 und der Vertreibung der Hugenotten (Protestanten) 1685.

Die Zentralisation der Staatsmacht in der absolutistischen Monarchie, verkörpert durch den „Sonnenkönig“ Ludwig XIV., spiegelte den Aufstieg der Bourgeoisie wider und diente als machtvoll Instrument für die nationale Konsolidierung. Aber es blieb der Bourgeoisie mit der großen Französischen Revolution vorbehalten, die endgültige Konsolidierung der französischen Nation durchzuführen. Es ist ein Ausdruck für das Gewicht des feudalen Provinzialismus, daß 1789 in Frankreich die Bauern im allgemeinen lieber lokale Dialekte sprachen; Provenzalisch wurde weithin im Süden gesprochen, und in den Grenzregionen waren Baskisch, Katalanisch, Bretonisch, Flämisches, Deutsch und Italienisch weit verbreitet. Die revolutionäre Bourgeoisie stampfte rücksichtslos über nationale Besonderheiten hinweg, führte in den Schulen und in der Verwaltung zwangsweise Französisch ein, bretonischen Eltern war es sogar verboten, ihren Kindern keltische Namen zu geben. Mit der Ausbreitung der allgemeinen Schulbildung, des allgemeinen Wehrdienstes und des verbesserten Kommunikationswesens wurde im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine kulturell homogene französische Nation konsolidiert.

In Osteuropa vollzog sich die Entwicklung der ersten zentralisierten Staaten ganz anders als im Westen und hinterließ eine ganze Reihe von ungefestigten nationalen Gruppierungen und Völkern, die auf einem Gebiet jeweils eng zusammenlebten. Während die Konsolidierung von bürgerlichen Nationalstaaten im Westen begleitet war von der zwangsweisen Assimilierung der unterschiedlichsten aus dem Feudalismus herkommenden Gruppierungen, entstanden im Osten multinationale Staaten, in denen eine vorherrschende nationale Gruppe – die Deutschen im Habsburger (österreichisch-ungarischen) Reich, die Großrussen im zaristischen Reich – jeweils über eine Vielzahl von

Nationalitäten herrschte. Die bolschewistische Revolution zeigte den Weg aus diesem Dilemma, indem sie die ungelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution – einschließlich der nationalen Emanzipation – mit den Aufgaben der sozialistischen Revolution verband und damit Trotzki's Theorie und Programm der permanenten Revolution bestätigte. Anderswo in Osteuropa (und jetzt, nach der Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats, in der ganzen ehemaligen UdSSR) führte der Flickenteppich aus unterschiedlichsten Völkern zu kommunalistischen Konflikten und revanchistischen Feldzügen zwischen miteinander konkurrierenden Nationalitäten.

Im Westen entwickelten sich absolute Monarchien als Vorbote der bürgerlichen Revolutionen, sie waren ein Ausdruck der *Schwächung* der feudalen Ordnung durch das Wachstum einer städtischen handeltreibenden Klasse; in Osteuropa führte das Ansteigen des Absolutismus zu einer *Konsolidierung* des bis dahin nur wenig entwickelten feudalen Systems (die „zweite Leibeigenschaft“). Die zentralisierten absolutistischen Staaten, die sich im 17. Jahrhundert im Osten herausbildeten – Preußen, Rußland und Österreich – waren stark militarisierte, gnadenlos repressive Gewaltapparate einer sich auf Großgrundbesitz stützenden Aristokratie, deren Ziel es war, eine gefestigte Feudalordnung durchzusetzen, um der Bauernschaft ein Mehrprodukt abzapfen zu können. Die Konsolidierung dieser befestigten absolutistischen Staaten tendierte angesichts des Fehlens einer dynamischen städtischen Bourgeoisie zur Erstarrung der sozialen Entwicklung, und überlappende und auf einem Gebiet zusammenlebende unterschiedliche ethnische Bevölkerungsgruppen, die im Westen schon lange homogenisiert worden waren, blieben erhalten.

Osteuropa war ein Durcheinander der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen, und eine Menge Völker waren überall verteilt – jüdische Dörfer in Rußland, verstreut inmitten von Polen, Ukrainern, Belorussen und Großrussen; die Slowaken, Ruthenen (Ukrainer), Ungarn, Moldawier (Rumänen) in der transkarpatischen Region; deutsche adlige Großgrundbesitzer im Baltikum; sächsische Siedler zur Befestigung der habsburgischen Ostgrenze in Transsylvanien usw. –, aber noch stärker ausgeprägt war dies auf dem Balkan, schon seit dem 14. Jahrhundert durch das Osmanische Reich besetzt, was ihm eine Position als das gesellschaftlich rückständigste Gebiet in Europa einbrachte.

Das Osmanische Reich war ein Beispiel für das, was Marx als „orientalischen Despotismus“ bezeichnete, mit einer bürokratischen Staatsmaschinerie, deren „wirtschaftliches Fundament ... das praktisch vollkommene Fehlen von Privateigentum an Grund und Boden war“, der als Eigentum des Sultans betrachtet wurde (Perry Anderson, *Lineages of the Absolutist State* [Die Ursprünge des absolutistischen Staates], 1974). Klassenstrukturen waren unterentwickelt, die Städte waren Zentren für die Staatsverwaltung und warfen nicht genug Gewinne ab für die Entwicklung einer tatkräftigen Bourgeoisie. Unter den Osmanen ging die gesellschaftliche Entwicklung auf dem Balkan zurück zu primitiven lokalen Institutionen – das Dorf, der Stamm und die Zadruga (ausgedehnte kommunale Familie) –, von deren provinziellen Sitten und Klan-Loyalitäten noch viel erhalten geblieben ist.

Die verschiedenen Balkanvölker wurden auch durch den jahrhundertelangen Konflikt zwischen dem Osmanischen und dem Habsburger Reich durcheinandergewirbelt, was zum Beispiel die Serben nicht nur zur größten nationalen Gruppe des ehemaligen Jugoslawiens machte, sondern auch zur am meisten verstreuten. Gruppen von Serben wurden immer wieder nach Norden abgedrängt durch den Vormarsch der Osmanen, die im frühen 16. Jahrhundert bis vor

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 92 78 66
Duisburg	T. Endrweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92 (abends)
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

die Tore Wiens vordrangen. Als Teil ihrer militärischen Verteidigung etablierten sowohl Osmanen als auch Habsburger serbische Kolonien in einem breiten Bogen entlang der Grenzlinie zwischen ihren beiden Imperien. Das vorwiegend serbische Gebiet des heutigen Kroatien, die Krajina, ist zum Teil das Resultat davon, daß Habsburg serbische Siedlungen entlang der „Militärgrenze“ ermutigte.

Von der schrittweisen Entwicklung bürgerlicher Beziehungen zu unabhängigem Leben erweckt, konnten die unterjochten Nationen in Osteuropa keine eigenen Nationalstaaten bilden, ohne den Widerstand der herrschenden Schichten der vorherrschenden Nationen hervorzurufen, die die Kontrolle über die jeweiligen Imperien hatten. Sie antworteten (wie es Irland im Westen tat) mit Kämpfen für ihre nationale Unabhängigkeit, wie sie Osteuropa 1848 im revolutionären „Frühling der Nationen“ überschwemmt.

Marx und die „Völkertrümmer“

Die marxistische Haltung zur nationalen Frage im allgemeinen und zu den auf gleichem Gebiet zusammenlebenden Völkern im besonderen unterscheidet sich heute, in der Epoche des Imperialismus, wesentlich von dem, was sie in der früheren Periode der kapitalistischen Entwicklung gewesen ist. In der Mitte des 19. Jahrhunderts beurteilten Marx und Engels die Bestrebungen osteuropäischer Nationalitäten nach nationaler Unabhängigkeit entsprechend deren Möglichkeiten, moderne unabhängige Nationalstaaten zu konsolidieren, die eine wirtschaftliche Entwicklung begünstigen. Sie stellten sich vor, daß Zentral- und Osteuropa in drei große Staaten aufgeteilt würde – Großpolen, Großdeutschland und Großungarn. Die westlichen und südlichen Slawen, von denen sie meinten, sie seien zu wenig, zu verstreut und zu rückständig, würden sich, so erwarteten sie, in diese größeren nationalen Einheiten assimilieren. Engels schrieb:

„Daß die Karte von Europa definitiv festgestellt sei, wird kein Mensch behaupten. Alle Veränderungen, sofern sie Dauer haben, müssen aber im ganzen und großen darauf hinausgehen, den großen und lebensfähigen europäischen Nationen mehr und mehr ihre *wirklichen* natürlichen Grenzen zu geben, die durch Sprache und Sympathien bestimmt werden, während gleichzeitig die Völkertrümmer, die sich hier und da noch finden und die einer nationalen Existenz nicht mehr fähig sind, den größeren Nationen einverleibt bleiben und entweder in ihnen aufgehen oder sich nur als ethnographische Denkmäler ohne politische Bedeutung erhalten.“ (Friedrich Engels, *Po und Rhein*, April 1859)

In der Revolution von 1848 unterschieden Marx und Engels zwischen „revolutionär-demokratischen“ und „reaktionären“ Nationen auf der Basis, ob ihr nationaler Kampf einen Beitrag für die europäische Revolution liefert oder sie behindert. Und die Südslawen gehörten klar zur zweiten Kategorie. Für Marx und Engels war die nationale Frage in Osteuropa der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland untergeordnet. Diese beinhaltete auch die Aufgabe der deutschen nationalen Vereinigung, was eine radikale Neufestsetzung der Grenzen in ganz Osteuropa implizierte und einen unvermeidlichen Krieg mit Rußland, der Hauptbastion der Reaktion in Europa.

Marx und Engels waren unerschütterliche Verfechter eines unabhängigen Polens, denn die Teilung Polens war der Zement, der die Heilige Allianz von Preußen, Österreich und Rußland zusammenhielt. Aber sie bemerkten, daß die südslawischen „Völkertrümmer“, weil sie dazu verdammt waren zu verschwinden, in der 1848er Revolution notwendigerweise eine reaktionäre Rolle spielten. Die Kroaten, die fürchteten, daß in einem unabhängigen Ungarn die kroatische Minderheit von den vorherrschenden



Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Aufstand in Wien 1848 drohte der Habsburg-Dynastie mit Umsturz. Die vom Zar unterstützte Konterrevolution in Österreich-Ungarn hielt reaktionäre Monarchien in Osteuropa aufrecht

Magyaren national unterdrückt werden würde, wollten das Kaiserreich Österreich-Ungarn *erhalten* und halfen der zaristischen Armee bei der Niederschlagung der ungarischen Revolution. Es gab eine Zeit, in den frühen 1850er Jahren, wo Marx und Engels die Möglichkeit offenließen, ob die Südslawen sich gegen ihre osmanischen Unterdrücker zusammenschließen würden. Aber 1882 bemerkte Engels enttäuscht, „daß die kleinen slawischen Völker im Zar ihren einzigen Befreier sehen“ (Brief an Bernstein, Februar 1882).

Aber mit dem Aufkommen der imperialistischen Epoche veränderten sich die grundlegenden Ausgangsbedingungen, was Marx und Engels zu erkennen begannen, als sie ihre Position abänderten und ab den 1870er Jahren für die irische Unabhängigkeit eintraten. Der (Londoner) Kongreß der Zweiten Internationale 1896 nahm eine Resolution an, die festhielt: „Dieser Kongreß erklärt, daß er für das volle Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung einsteht...“ Angesichts der Zerstückelung der unterschiedlichen Nationen und Nationalitäten Südosteuropas und angesichts der konkurrierenden Interessen des Habsburger, des zaristischen und des Osmanischen Reiches brachte die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in der Region in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Forderung nach einer *Balkanföderation* hervor, gerichtet gegen alle konkurrierenden imperialistischen Mächte. Im Januar 1910 trafen sich die sozialdemokratischen Parteien und Gruppen Südosteuropas in Belgrad und formulierten ein gemeinsames Programm:

„Für unsere Befreiung von Partikularismus und Engstirnigkeit; für die Abschaffung von Grenzen, die Völker trennen, die teilweise identische Sprachen und Kultur haben, teilweise ökonomisch miteinander verbunden sind; letztendlich für die Zerschlagung der Formen fremder Vorherrschaft, sowohl direkte als auch indirekte, die das Volk seines Rechts berauben, sein Schicksal selbst zu bestimmen.“

Fortgesetzt auf Seite 18



Harvard College Library

Baku-Kongreß 1920 wurde von der Kommunistischen Internationale organisiert, um revolutionären Kampf unter den Völkern des Ostens zu verbreiten

„Ethnische Säuberungen“ ...

Fortsetzung von Seite 17

Im Juli jenes Jahres trafen sich die slawischen sozialdemokratischen Parteien in Sofia auf Einladung der Bulgarischen Arbeiterpartei, um ein positives Programm auszuarbeiten. Leo Trotzki kommentierte dazu:

„Der einzige Ausweg aus dem nationalen und staatlichen Chaos und aus der blutigen Konfusion des Lebens auf dem Balkan liegt in einer Union aller Völker der Halbinsel in einer einzigen wirtschaftlichen und politischen Einheit, auf der Basis der nationalen Autonomie der Teile, die diese Einheit bilden...“

Staatliche Einheit auf der Balkan-Halbinsel kann auf zwei Wegen erreicht werden: entweder von oben, durch die Ausdehnung des Balkan-Staates, der sich als stärkster erweist, auf Kosten der schwächeren – dies ist der Weg von Ausrottungskriegen und der Unterdrückung der schwächeren Nationen, ein Weg, der Monarchismus und Militarismus konsolidiert; oder von unten, dadurch, daß die Völker selbst zusammenkommen – dies ist der Weg der Revolution, der Weg, der den Sturz der Balkan-Dynastien bedeutet und das Hissen des Banners einer föderativen Republik des Balkans.“ (*The Balkan Question and Social Democracy* [Die Balkanfrage und die Sozialdemokratie], August 1910)

Als Kriegskorrespondent während der Balkankriege, die zum Ersten Weltkrieg führten, wies Trotzki auf die schrecklichen kommunalistischen Massaker und die Zwangsverreibungen hin, als die osmanischen Türken vom Balkan vertrieben wurden und dann die verschiedenen Nationalitäten auf dem Balkan sich gegenseitig an die Gurgel gingen. In einem Artikel vom März 1913 warnte er prophetisch: „Das europäische Gleichgewicht der Kräfte, das schon bisher hochgradig instabil gewesen ist, ist jetzt vollständig erschüttert. Es ist schwer vorherzusehen, ob diejenigen, die Europas Schicksal in der Hand haben, sich diesmal dazu entschließen, aufs Ganze zu gehen und einen europaweiten Krieg anzufangen. Ein Ergebnis der Bemühungen der Chauvinisten ist jedoch schon offensichtlich: In ganz Europa findet ein wahnsinniges Anwachsen des Militarismus statt“ (Leo Trotzki, *The Balkan Wars 1912–13* [Die Balkankriege 1912/13], 1980).

Das grauenhafte Gemetzel des Ersten Weltkriegs, der von den Balkankriegen ausgelöst worden war, war Anstoß für die bolschewistische Revolution in Rußland und revolutionäre Situationen auf dem ganzen Kontinent. Die imperialistischen „Friedens“verträge trugen den Keim zukünftiger nationalistischer Kriege schon in sich, da ganz bewußt Staaten mit großen nationalen Minderheiten zusammengezwängt wurden, aber die jungen kommunistischen Parteien sahen, daß die gerechte Lösung der nationalen Ansprüche dieser auf dem gleichen Gebiet eng zusammenlebenden Völker nur unter der Diktatur des Proletariats erreicht werden konnte. Bei ihrer Gründungskonferenz im Mai 1919 erklärte die Kommunistische Partei Bulgariens, daß die Unabhängigkeit der Balkanvölker nur gesichert werden könnte in einer Föderation der Sozialistischen Sowjetrepubliken des Balkans. Im Januar 1920 wurde die Sozialdemokratische Föderation des Balkans umbenannt in Kommunistische Föderation des Balkans. Und in einer Deklaration vom März 1920 an die neugegründeten kommunistischen Parteien von Bulgarien, Rumänien, Serbien und der Türkei erklärte die Kommunistische Internationale:

„Nur der Sieg der proletarischen Diktatur vermag alle Volksmassen in der Föderativen Sozialistischen Balkan- (oder Balkan- und Donau-) Sowjetrepublik zu vereinen, sie zu befreien, sowohl von der gutsherrlich-kapitalistischen Ausbeutung ihrer eigenen und der ausländischen Bourgeoisie, als auch von der Kolonialknechtschaft und den nationalen Zwistigkeiten.“ (*Die Kommunistische Internationale*, Jg. 2, Nr. 9)

Die Bolschewiki und multinationale Staaten

W.I. Lenin unterstrich in seinem Artikel „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Februar–Mai 1914) grundlegende Standpunkte der marxistischen Position zur nationalen Frage in der imperialistischen Ära: „einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur internationalen Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert“ (Lenin, *Werke* Bd. 20). Diese Position wurde vom II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1920 in den „Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage“, die Lenin entworfen hatte, angenommen. Als Antwort auf die skandalöse Unterstützung des europäischen Kolonialismus durch die reformistischen Sozialdemokraten bestand die Komintern auf der Verpflichtung, Kämpfe gegen Kolonialismus und Imperialismus zu unterstützen.

Lenins Thesen wurden in den Diskussionen über die nationale Frage auf dem II. Weltkongreß der Komintern vertieft, besonders wichtig waren M.N. Roys Ergänzungsthesen (die in überarbeiteter Form angenommen wurden). In ihnen wurden die Widersprüche hervorgehoben zwischen den bürgerlich-demokratischen nationalistischen Bewegungen und der Masse der Arbeiter und armen Bauern, die für ihre Befreiung kämpfen. Zusätzlich schlug ein ukrainischer jüdischer Delegierter der Kommunistischen Partei Rußlands, A.N. Mereshin, auf Grund der Erfahrungen der Russischen Revolution in Gebieten, in denen verschiedene Nationalitäten eng zusammenleben, eine Ergänzung der „Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage“ vor:

„Die Erfahrung der Wechselbeziehungen zwischen den Nationen der Mehrheit und den Nationen der Minderheit auf Territorien mit gemischter Bevölkerung (in der Ukraine, in Polen, in Weißrußland) hat gezeigt, daß der Übergang der Macht aus den Händen der Großbourgeoisie in die Hände kleinbürgerlicher, republikanisch-demokratische Staaten aufbauender Gruppen die inneren nationalen Reibungen nicht verringert, sondern im

Gegenteil äußerst verschärft. Die republikanische Demokratie, die im Kampf mit dem Proletariat gezwungen ist, den Klassenkampf mit dem nationalen Krieg zu vertauschen, wird schnell von nationaler Ausschließlichkeit durchdrungen und eignet sich leicht die Erfahrung der älteren Lehrmeister nationaler Unterdrückung an, welche Erfahrung sich auf dem Gebiet des Aufhetzens der Volksmassen einer Nation gegen die Volksmassen der anderen und auf dem Gebiet der mit Hilfe des Staatsapparats durchgeführten Organisation von Massenhetzen zu Zwecken des Kampfes gegen die Diktatur des Proletariats leidenschaftlich wiederholt ... Dieselbe Erfahrung hat gezeigt, daß keinerlei ‚demokratische‘ Formen den Schutz der Rechte und die Kulturinteressen der nationalen Minderheiten in Gebieten mit gemischter Bevölkerung, darunter auch die von der österreichischen Sozialdemokratie verteidigte national-personale Autonomie, bei republikanisch-demokratischer Ordnung sicherstellen und für die wirkliche Gleichberechtigung und den gleichen Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte bürgen können.“ (*Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*)

Die Bolschewiki hatten sich also schon 1920 mit den Problemen auseinandergesetzt, auf die man in Gebieten stößt, in denen verschiedene Nationalitäten eng zusammenleben, und hatten zumindest implizit anerkannt, daß in diesem Fall nur unter proletarischer Herrschaft eine gerechte und demokratische Lösung der nationalen Frage möglich ist. Der Kaukasus, wo rund 50 Nationalitäten bunt verteilt über diese Gebirgsgegend sehr eng zusammenleben, war ein besonderes Beispiel für die Hartnäckigkeit der nationalen Frage im Kapitalismus.

Nach der Oktoberrevolution waren 1917–21 in Georgien die Menschewiki an der Macht, während bürgerliche Nationalisten Armenien und Aserbaidschan kontrollierten (mit der Ausnahme des proletarischen Ölzentums Baku). Im April 1918 riefen sie eine unabhängige Transkaukasische Föderative Republik aus. Aber die „Einheit“ dieser bürgerlichen Regime zerbrach sehr bald an nationalen Konflikten. Es gab wiederholt Grenzzusammenstöße zwischen Armenien und Aserbaidschan, und die Ausweitung zu einem Krieg zwischen Georgien und Armenien wurde nur durch die Intervention Britanniens gestoppt. Zur gleichen Zeit begann das menschewistische Regime in Georgien – während es von Sozialdemokraten international als Musterbeispiel für „Selbstbestimmung“ angepriesen wurde – eine brutale Kampagne der „ethnischen Säuberungen“ gegen die Osseten im Norden, die Abchasen im Westen und die moslemischen Adscharen.

Gegen Ende des Bürgerkriegs übernahmen die Bolschewiki in Georgien, Armenien und Aserbaidschan die Macht durch eine Kombination von lokalen Aufständen und Interventionen der Roten Armee. In Georgien wurden die Regionen, die unter den Menschewiki eine massive nationalistische Unterdrückung erlitten hatten, zu autonomen Republiken (Südossetien, Abchasien) und einem autonomen Gebiet (Adscharien) innerhalb der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik erklärt. Im ganzen Kaukasus wurden eine Anzahl autonomer Regionen eingerichtet, die einen internationalistischen Rahmen für die Beziehungen unter den Völkern schufen. 1923 wurde zwischen Armenien und Aserbaidschan eine autonome Region Kurdistan (das sogenannte „rote Kurdistan“) gegründet.

Aber gerade über die nationale Frage im Kaukasus erhob die konservative bürokratisch-zentralistische Tendenz im jungen Sowjetstaat zum ersten Mal ihr Haupt. Und es war genau diese Frage, über die Lenin seinen letzten Kampf aufnahm, einen politischen Kampf gegen die sich entwickelnde stalinistische Bürokratie. Anfang 1922 zwang

Stalin, als Vorsitzender der Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten, die georgische, armenische und aserbaidische Republik in anmaßender Weise zu einer Transkaukasischen Föderation. Im Sommer jenes Jahres sandte er eine Kommission, darunter Dserschinski, den Chef der Tscheka, und Manuiski zur Bekämpfung der „national-kommunistischen“ Abweichung. Im Herbst wurden die georgischen KP-Führer Mdiwani und Macharadse ihres Postens enthoben.

Im September 1922 wandte sich Lenin gegen Stalins „Autonomisierungs“plan, der die transkaukasischen Republiken in die russische Föderation bringen sollte, und schlug statt dessen eine Union der Sowjetrepubliken von Europa und Asien vor. Aber Stalin wandelte die Transkaukasische Föderation in eine einzige Republik um, um ihr Gewicht in der neuen UdSSR zu verringern. Als Lenin Berichte erhielt, daß Stalins Stellvertreter Ordschonikidse einen georgischen Oppositionsführer physisch angegriffen hatte, ordnete er eine eigene Untersuchung an und brach mit Stalin. Im Dezember schlug Lenin Trotzki einen Block gegen Stalins großrussische chauvinistische Politik in der nationalen Frage vor. (Obwohl Trotzki dies auf dem 12. Parteikongreß Anfang 1923 nicht aufgriff, wurde es von Christian Rakowski zum Thema gemacht, der zusammen mit Trotzki zu einem der Führer der Linken Opposition werden sollte.) Lenin wies darauf hin, daß sich in den Händen eines fremden Apparats, der mit bürgerlichen und zaristischen Überbleibseln durchsetzt ist,

„die ‚Freiheit des Austritts aus der Union‘, mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten ...“ („Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“, Dezember 1922, *Werke* Bd. 36)

Lenin forderte, man müsse Ordschonikidse „exemplarisch bestrafen“ sowie alle Materialien der Kommission Dserschinskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen und äußerst strenge Vorschriften hinsichtlich des Gebrauchs der nationalen Sprache in den nichtrussischen Republiken erlassen. Er schrieb hierzu: „Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die kleinste Grobheit und

Fortgesetzt auf Seite 20

NEU!

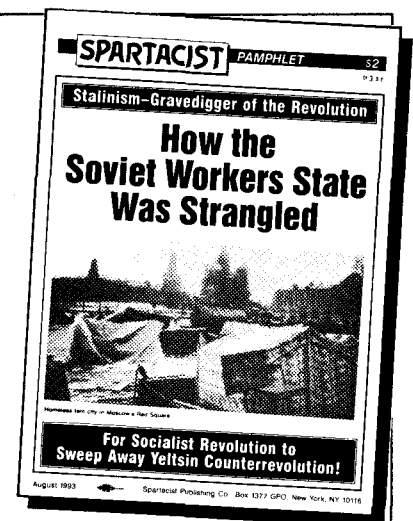
Spartacist-Broschüre

How the Soviet Workers State Was Strangled
(Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde)

Artikelsammlung aus *Workers Vanguard*, Zeitung der Spartacist League/U.S., und dem russischsprachigen *Spartacist-Bulletin*. Broschüre über Jelzins Gegenputsch, die Konterrevolution und das trotzkistische Programm, sie zu bekämpfen. Mit Polemiken gegen die „Linken“, die Jelzins Konterrevolution unterstützten, sowie die stalinistischen Überreste und deren „rot-braune“ Koalition.

64 Seiten (in englischer Sprache), 3,- DM

Bestellt bei: SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 11988-601, BLZ 500 10060



Hamburg...

Fortsetzung von Seite 8

gegen die FAP-Zentrale ansetzen und dafür mobilisieren, in Halstenbek aufzuräumen.

Arbeiteraktionen, um die Nazis zu stoppen, würden besonders den strategischen Industriekern von eingewanderten Arbeitern einschließen. Aber die „Linke“ Alternative forderte nicht Wahlrecht für Immigranten, noch nicht einmal das begrenzte kommunale Wahlrecht. Ihre Antwort auf den täglichen rassistischen Terror gegen Flüchtlinge und Immigranten, wie er in Hamburg von der SPD geschürt wird, ist die Forderung nach „Bleiberecht“. „Bleiberecht“ ist ein liberaler Appell an die Bourgeoisie von Auschwitz, rechtlose Immigranten zu „dulden“ und der Gnade des kapitalistischen Staats anheimzugeben. Die Forderung, daß *alle* Immigranten, die es geschafft haben, ins Land zu kommen, volle Staatsbürgerrechte erhalten, ist ein elementares demokratisches Recht, das heute die Scheidelinie zwischen reformistischem Sozialchauvinismus und proletarischem Internationalismus ist.

Die zwei Millionen Türken und Kurden in Deutschland haben tiefe Wurzeln in diesem Land, obwohl sie von den Staatsbürgerrechten ausgeschlossen sind. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterklasse, der nicht historisch loyal zur traditionellen reformistischen SPD steht, und könnten daher eine Hebelwirkung gegen die Arbeiterverräter erzielen.

„Ethnische Säuberungen“ ...

Fortsetzung von Seite 19

Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden.“ Außerdem forderte Lenin in einer Ergänzung zu seinem unterdrückten „Testament“, Stalin als Generalsekretär abzulösen.

Die stalinistische Herrschaft sollte berüchtigt werden für großrussischen Chauvinismus, Antisemitismus, nationale Unterdrückung und Zwangsumsiedlungen. 1929 zum Beispiel machte Stalin der autonomen Republik „rotes Kurdistan“ ein Ende, und in den 30er Jahren deportierte er viele Kurden aus dem Kaukasus nach Zentralasien. Die leninistische Form der nationalen und autonomen Republiken und der autonomen Gebiete wurde zwar beibehalten, aber ihres ursprünglich internationalistischen Inhalts beraubt. Es war eine Zeitlang möglich, nationale Gegensätze zu *unterdrücken*, aber nicht, sie zu *überwinden*, was die Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erfordert hätte. Nicht der Kommunismus hat die Explosion blutiger nationalistischer Kriege verursacht, sondern die stalinistische Perversion und Verleugnung des Kommunismus, was schließlich unter dem imperialistischen Druck zur Konterrevolution führte, die die ungeheure Eskalation von nationalistischem Revanchismus mit sich gebracht hat.

Doch selbst wo der Stalinismus in ganz Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zusammengebrochen ist, kam es in Westeuropa zu einigen der schärfsten Klassenkämpfe seit Jahrzehnten. Das scheußliche nationalistisch-kommunistische Gemetzel im ehemaligen Jugoslawien und im ehemals sowjetischen Kaukasus, der High-Tech-Massenmord im Golfkrieg und die Ausbreitung von Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit selbst in den reichsten imperialistischen Ländern demonstrieren anschaulich, daß vom heutigen Kapitalismus nur noch schlimmere Barbarei zu erwarten ist. Die Worte des Kommunistischen Manifests von 1848 bleiben auch heute wahr:

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich

Obwohl die Alternative Liste einen ganzen Absatz in ihrem Programm „Gegen die weitere Stärkung der Staatsgewalt“ hat, ist sie für „verstärkte Interventionsmöglichkeiten bei sexueller Gewalt in der Familie“. Dies passiert heute, wo das Vierte Reich, unterstützt von der Kirche, jeden Aspekt des privaten Lebens kontrollieren will. Die Konsequenz dieser finsternen Forderung zeigt der skandalöse Fall in Düsseldorf, wo die Diakonie unter dem Vorwand „Kindesmißbrauch“ besonders Immigrantenfamilien zerstört und deren Kinder entführt.

Der Kampf gegen Rassismus ist auch ein Kampf gegen das kapitalistische Elend. Gegen Arbeitslosigkeit brauchen wir ein massives Programm öffentlicher Arbeiten zum Bau von Wohnungen, Krankenhäusern, Schulen und Sportanlagen. Arbeit für alle bei vollem Lohnausgleich – für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Dies stellt die Frage, welche Klasse herrscht. Kommunisten, deren Ziel die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und der Wiederaufbau der Gesellschaft auf einer neuen sozialistischen Grundlage ist, müssen heute gleichzeitig die konsequentesten Verteidiger der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution sein. Aber nur eine Arbeiterrevolution wird das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel, dem Kapitalismus, ausreißen. Der Kampf, den rassistischen deutschen Imperialismus zu zerschlagen, wird den Weg freimachen für die wirkliche Befreiung der Menschheit. Wir haben uns verpflichtet, die dringend notwendige Partei aufzubauen, die diesen Kampf zu Ende führt. ■

zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.

Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.

In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.

Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“

Heute, nach dem Zusammenbruch der von den Stalinisten beherrschten degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten, kommt die „ganze alte Scheiße“ der Ära vor dem Ersten Weltkrieg mit aller Macht wieder hoch. „Ethnische Säuberungen“, faschistische Pogrome, antisemitische Angriffe, täglicher Terror gegen Immigranten und Minderheiten – all dies gehört untrennbar zum Triumph des „Nationalprinzips“, das die Imperialisten während des ganzen Kalten Kriegs als Waffe gegen die Sowjetunion und die „gefangenen Nationen“ ins Feld geführt haben. Und die grandiosen Versprechungen von der „Einheit Europas“ klingen immer hohler, je mehr sich die imperialistischen Rivalitäten verschärfen.

In der Ära der Globalisierung der Produktion verschärfen sich die Widersprüche zwischen dem zunehmend internationalen Wirtschaftssystem und den einengenden Grenzen des Nationalstaates immer mehr. Schon zweimal haben in diesem Jahrhundert solche Widersprüche zum Weltkrieg geführt und zur Vernichtung unzähliger Millionen Menschen. Die Barbarei der kapitalistischen Herrschaft ist harte Realität – wir Kommunisten kämpfen für eine Welt, die befreit ist von Klassenausbeutung und nationalistischem Brudermord. Proletarier aller Länder, vereinigt euch! ■

Israel/PLO-Deal...

Fortsetzung von Seite 2

und Siedler raus aus *allen* besetzten Gebieten, sofort!

Im Kern läuft es darauf hinaus, daß die PLO im Austausch für die formelle israelische Anerkennung ihrer Existenz und für Versprechungen von Geld aus den imperialistischen bzw. Ölstaaten den Job übernehmen wird, die palästinensischen Massen unter Kontrolle zu halten. Joseph Alpher, Direktor des Jaffee-Zentrums für strategische Studien der Universität Tel Aviv, eine Denkfabrik für den israelischen Spionagedienst Mossad, brachte es in einem Interview in der *Canadian Jewish News* (2. September) auf den Punkt: „Israelische Sicherheitskräfte würden mit ihren palästinensischen Gegenübern eng zusammenarbeiten, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, sagte Alpher.“ Und dies „wird wahrscheinlich brutal und gewalttätig, aber effektiv sein“, sagte er und fügte hinzu: „Amnesty International wird für eine Weile in Urlaub gehen müssen.“

„Radikale“ PLO-Gruppen wie George Habashs Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und Nayef Hawatmehs Demokratische Front (DFLP) haben sich gegen das Abkommen ausgesprochen. Islamische fundamentalistische Gruppen wie Hamas und Islamischer Dschihad und auch das von Syrien unterstützte PFLP-Generalkommando haben Arafat vor „dem Schicksal von Sadat“ gewarnt, dem ägyptischen Präsidenten, der ermordet wurde, nachdem er 1978 einen von den USA arrangierten Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet hatte. Gleichzeitig gab es einen wütenden Massenaufmarsch von rechtsradikalen Zionisten, die „Verräter“ schrien, als die Regierung Rabin Anfang September über den Entwurf abstimmte.

Hinter dem von den Amerikanern inszenierten „Frieden“ im Nahen Osten steht, genauso wie hinter der Neo-Apartheid-Annäherung zwischen Nelson Mandelas Afrikanischem Nationalkongreß und dem rassistischen südafrikanischen Regime, die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion. Solange der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat als Gegengewicht zum US-Imperialismus existierte, erlaubte dies kleinbürgerlichen Nationalisten wie der PLO und dem ANC und den Bourgeoisien von halbkolonialen Ländern, um einen Platz zwischen den beiden „Supermächten“ zu rangeln. Ironischerweise war die letzte Aktion des ehemaligen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zugunsten des Imperialismus, grünes Licht zu geben für die Invasion in den Irak. Jetzt, angesichts einer Welt mit nur „einer Supermacht“, sehen die verschiedenen nationalistischen Bewegungen keine andere Möglichkeit, als mit dem Hut in der Hand die USA um jeden Krümel anzubetteln, den diese bereit sind fallenzulassen.

Die feudalen Golfregime mit ihrem Ölreichtum benutzen Arafats verbale Opposition gegen die von den USA angeführte Invasion des Irak als Anlaß, der PLO jegliche finanzielle Unterstützung zu streichen. Zusätzlich verlor die PLO Unterstützung vor Ort an Gruppen der „Ablehnungsfront“ – vor allem an die islamischen Fundamentalisten von Hamas und von Islamischem Dschihad, mit denen die „marxistische“ PFLP schändlicherweise eine Allianz eingegangen ist –, und dies führte praktisch zu einer Meuterei gegen Arafat. Im letzten Monat bot das Verhandlungsteam der PLO bei den Washingtoner „Friedens“gesprächen demonstrativ seinen Rücktritt an als Ausdruck der Opposition gegen Arafat, und der Militärkommandeur der PLO im Libanon forderte offen Arafats Sturz.

PLO: Vom „Volkskrieg“ zum palästinensischen „Judenrat“

Dieses Abkommen bringt die impotente Logik des kleinbürgerlichen Nationalismus der PLO auf den Punkt, die



Der Spiegel

Palästinensische Ghetto-Bullen im Gaza-Ausbildungslager, bereit zum Niederknüppeln von Intifada-Kämpfern

erst gepredigt hatte, man müsse sich auf die arabischen Bourgeoisien der Region stützen, und dann Zuflucht bei den „guten Amtsinhabern“ des US-Imperialismus gesucht hat. Trotz des Geredes der PLO vom „Volkskrieg“ Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hatten die Palästinenser nie das soziale Gewicht oder die militärische Stärke, um es mit dem atomar bewaffneten zionistischen Goliath aufnehmen zu können.

Bei all dem Gerede von „pan-arabischer Einheit“ stehen die bürgerlichen arabischen Herrscher den nationalen Bestrebungen der Palästinenser nicht weniger feindselig gegenüber als die Zionisten. Diese nationalistische Politik, hinterrücks mit dem Messer zuzustechen, zeigte sich brutal beim „Schwarzen-September“-Massaker 1970, als Jordaniens König Hussein (mit Einwilligung des damaligen ägyptischen Präsidenten und „pan-arabischen“ Idols Nasser) ein Blutbad gegen die palästinensischen Widerstandsgruppen entfesselte, was diese dazu zwang, ihre Einsatzzentralen in den Libanon zu verlegen und Schutz zu suchen bei den sogenannten „Ablehnungs“-regimen wie Irak und Syrien. Während des libanesischen Bürgerkriegs 1975/76 ging Assad gegen die Palästinensergruppen nicht weniger gnadenlos vor, als Hussein es in Jordanien getan hatte. Und als Israel 1982 seine massive Invasion in den Libanon startete, deren Höhepunkt das schreckliche Massaker an 1300 Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila war, kümmerte dies *alle* arabischen Regime nicht im geringsten. Arafat wiederum bat die amerikanischen und französischen Imperialisten um Schutz, die seine Kämpfer entwaffneten und damit die Basis für das Massaker schufen.

Um nur ja ihre feudalen und bonapartistischen Zahlmeister ruhigzustellen, schraubte Arafats PLO nach und nach ihre Ansprüche zurück. Nachdem sie noch 1971 ihre Opposition gegen „die Gründung eines palästinensischen Staats auf irgendeinem Teilgebiet der palästinensischen Heimat“ bekräftigt hatte, forderte die PLO drei Jahre später einen „Ministaat“ im Westjordanland. Damals wurde dies als Übergangsschritt ausgegeben hin zu einem „demokratischen säkularen Palästina“ und konnte als ein nur sehr partieller und deformierter Ausdruck des Rechts der palästinensischen Araber auf Selbstbestimmung betrachtet werden. Aber 1988 hatte die PLO diesen Anspruch formell aufgegeben und akzeptierte die Existenz des zionistischen Staates. Jetzt hat Arafat zugestimmt, zum Werkzeug der zionistischen Unterdrücker zu werden. Es ist bezeichnend für seinen neuen Status, daß die Israelis versprochen haben, für

Fortgesetzt auf Seite 22

Polinische Wahl...

Fortsetzung von Seite 24

zusammenfiel, war es, das SLD wegen russischen „Bolschewismus“ anzuschwärzen. Trotz ihrer bekundeten Neutralität in den Wahlen mobilisierte die katholische Hierarchie die Priester, damit sie vor einer Stimmabgabe für diejenigen warnten, „die gegen unsere nationalen Traditionen und unseren Glauben sind“.

Doch die Masse der polnischen Bevölkerung weiß nur zu gut, was in den letzten vier Jahren „erreicht“ worden ist, und diesmal gehorchten selbst viele, die aus der Sonntagsmesse kamen, nicht den Verkündungen der Priester. Das Recht auf Arbeit, Zugang zu Ausbildung und Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit für ältere Menschen, all das ist ihnen entrissen worden. Während der Lebensstandard rasch sinkt, steigt seit 1990 die Zahl der Tbc-Fälle. Frauen, die eine Abtreibung brauchen, müssen entweder ins Ausland reisen oder, um illegal eine in einer Staatsklinik zu kriegen, 10 Millionen Zlotys (über 800 D-Mark) bezahlen – vier Monatslöhne einer Arbeiterin. Antisemitismus ist weit verbreitet – selbst gegen Suchocka gab es während des Wahlkampfes antijüdische Hetze –, gleichzeitig sind Roma und andere Minderheiten rassistischen Angriffen durch Bullen und pogromistische Mobs ausgesetzt.

In auffallendem Gegensatz besonders zu Rußland, wo die Passivität der Arbeiterklasse weit verbreitete Apathie und Zynismus hervorgerufen hat, haben polnische Arbeiter praktisch von Anfang an militante Kämpfe gegen die ver-

heerenden Folgen der Konterrevolution geführt, angefangen mit einem massiven Eisenbahnerstreik im Frühjahr 1990 und weiter mit dem stürmischen Streik der Kumpel im letzten Winter. Die Wahlbeteiligung lag bei dieser Wahl bedeutend höher als bei der letzten Parlamentswahl vor zwei Jahren; dabei gaben viele Frauen und junge Leute ihre Stimme der „Linken“. Eine arbeitslose Frau im Textilzentrum Łódź, das durch Fabrikstillegungen verwüstet worden ist, sagte, sie werde das SLD wählen, denn: „Die Kirche herrscht schon zu lange.“ Ein weiterer Arbeiter sagte: „Ich wähle die alten Kommunisten, weil die Ziegelfabrik, in der ich früher arbeitete, durch die Privatisierung ruiniert wurde.“

Ex-Stalinsten rühren die Werbetrommel für Kapitalismus mit „menschlichem Antlitz“

Doch abgesehen von vagen Versprechungen, die Renten zu erhöhen und die „Schockbehandlung“ zu verlangsamen, bieten die Sozialdemokraten den Arbeitern, Frauen und Jugendlichen, die auf sie schauen, nichts an außer dem Schwindel vom „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“. Unter der Führung des 39jährigen Aleksander Kwaśniewski, der in der letzten stalinistischen Regierung Sportminister war, hat sich die SdRP zu einer aalglatten, auf Yuppies eingestellte, rechtsgerichtete sozialdemokratische Partei umgestaltet. Die Parteispitzen machten mit Gewinn ihre alten bürokratischen Pfründe zu „freien unternehmerischen“ Lehen, und der rote Schlips des stalinistischen Karrieristen „wird jetzt ersetzt durch elegante Anzüge von

Israel/PLO-Deal...

Fortsetzung von Seite 21

seine „Sicherheit“ zu garantieren, wenn der PLO-Führer nach Jericho umzieht.

Die Rolle, die Arafat gewählt hat, erinnert an die Judenräte, die die jüdischen Ghettos in dem von den Nazis besetzten Osteuropa während des Holocaust verwalteten. Die verhaßte jüdische Ghetto-Polizei beaufsichtigte die Zementreibung der Juden, die in die Vernichtungslager transportiert wurden. Die PLO hat jetzt vor, ein palästinensischer Judenrat in den besetzten Gebieten zu werden. Und es ist bittere Ironie, daß unter den Unterdrückern, denen sie dienen wird, jüdische Überlebende des Nazi-Völkermords sind.

Für trotzkistische Parteien im Nahen Osten!

Wirkliche Selbstbestimmung für das palästinensische Volk ist unmöglich ohne die Zerschlagung sowohl des zionistischen Staates Israel, dessen einfache Existenz schon auf der Unterdrückung des palästinensischen Volkes beruht, als auch des haschemitischen Königreichs Jordanien, dessen Bevölkerung zu mehr als 60 Prozent aus Palästinensern besteht. Aber anders als die unterschiedlichsten „linken“ Fans des arabischen Nationalismus haben wir immer darauf bestanden, daß die nationale Emanzipation der Palästinenser nicht auf Kosten des Rechts auf nationale Existenz des hebräischsprachigen Volkes verwirklicht werden kann. Die einzige gerechte Lösung der nationalen Frage liegt im revolutionären Sturz aller bürgerlichen Regime durch den gemeinsamen revolutionären Kampf der hebräischsprachigen und arabischen Werktätigen. Nur durch die Schaffung einer Planwirtschaft in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens können zueinander in Konflikt stehende Ansprüche auf Land und Wasser gerecht gelöst und alle Sprachen, Religionen und Kulturen gleichgestellt werden.

Wie auch anderswo trägt der Stalinismus eine direkte Verantwortung für die schreckliche Situation im Nahen

Osten heute. Dadurch, daß sie abwechselnd (und manchmal gleichzeitig!) dem Zionismus und dem arabischen Nationalismus hinterherliefen, unterwarfen die Stalinisten den proletarischen Klassenkampf den Diktaten des einen oder anderen bürgerlichen Herrschers. Heute sind die palästinensischen Kommunisten, die historisch eine beträchtliche Basis unter den Werktätigen im Westjordanland gehabt haben, ein integraler Teil von Arafats PLO, während die israelische KP (deren Mitgliedschaft zum größten Teil aus Arabern besteht) ein loyaler Unterstützer der Regierung Rabin ist.

Größtenteils wegen ihrer zwangsweisen Diaspora gehören die palästinensischen Werktätigen und Intellektuellen zu den am meisten kosmopolitischen Menschen der Region. Es ist in der Tat ein Verbrechen, daß sie zunehmend in die Arme von fundamentalistischen Reaktionären wie Hamas getrieben werden, die religiösen Obskurantismus, antijüdischen Rassismus und Versklavung der Frauen predigen. Wenn ein Teil der palästinensischen Militanten für eine trotzkistische Partei gewonnen werden kann, auf der Basis eines marxistischen Verständnisses, daß *alle* Bourgeoisien und Möchtegern-Bourgeois ihre Feinde sind und daß die Arbeiterklasse – sei sie arabisch, koptisch, kurdisch oder hebräisch – die einzige Kraft zur Erringung sozialer und nationaler Befreiung ist, dann können sie wirklich die Vorhut der Befreiung sein, nicht nur für die unterdrückten Palästinenser, sondern für alle Werktätigen der Region.

Der einzige Weg vorwärts ist der der permanenten Revolution – in der Epoche des Imperialismus kann in den halbkolonialen Ländern nur das Proletariat an der Macht die Aufgaben durchführen, die historisch mit der bürgerlich-demokratischen Revolution verbunden waren, nämlich den Myriaden unterdrückter Minderheiten im ganzen Nahen Osten zur nationalen Befreiung zu verhelfen, indem die Ausbeutung der werktätigen Massen beendet und der Weg zu einer sozialistischen Entwicklung geöffnet wird. Der Schlüssel dazu liegt in der Schmiedung von wirklich leninistischen, *internationalistischen* revolutionären Parteien.

Nach Workers Vanguard Nr. 583, 10. September

Pierre Cardin“ (*Warsaw Voice*, 19. September).

Das SLD-Wahlprogramm erwähnt noch nicht einmal das Wort „Sozialismus“. Zur Abtreibung und zur Todesstrafe bemerkt es nur, daß es notwendig ist, „die Meinung der Gesellschaft zu berücksichtigen“. Gleichzeitig warnt Kwaśniewski Parteimitglieder davor, sich an „antiklerikalen Aktivitäten“ zu beteiligen. Jeffrey Sachs, der Architekt von Polens „Schockbehandlung“, bescheinigte der SLD, sie habe einen „Wahlkampf auf einer Plattform von Kapitalismus und Integration in Westeuropa“ geführt (*New York Times*, 20. September). Das SLD ließ keinen Zweifel daran, als es früher in diesem Jahr – trotz bedeutender interner Opposition – dafür stimmte, den Gesetzentwurf von Walesa/Suchocka zur Privatisierung zu unterstützen. Jetzt rührt der stellvertretende Führer Leszek Miller die Werbetrommel für eine Steuerpause bei ausländischen Investoren und gelobt: „Wir werden nichts tun ohne vorherige Beratung mit dem IWF.“ Und Kwaśniewski versicherte dem zu Besuch gekommenen US-Senator Richard Lugar: „Es wird keine starken Anti-NATO-Stimmungen in seiner Partei geben“ (*Gazeta Wyborcza*, 21. September).

Das SLD, selbst eine Volksfront-Formation, die eine nationalistische Gruppe und Polizei, „gewerkschafter“ mit einschließt (ebenso wie die Mehrheit der Solidarność-freundlichen Polnischen Sozialistischen Partei), brachte sofort erbärmliche Appelle an die offen bürgerlichen Parteien heraus, in einer „Großen Koalition“ mitzumachen, und schlug sogar vor, die monetaristische Suchocka als Ministerpräsidentin zu behalten! Die Sozialdemokraten haben sich auch als Gendarme für Walesas bonapartistische Kampagne angeboten, mit dem Versprechen, ihm „die zur Erfüllung der Rolle als Schiedsrichter, der in Krisensituationen interveniert, notwendige Autorität“ zu geben und das Regieren per Erlaß „in genau festgelegten Fällen“ (*Trybuna*, 8. September) zu unterstützen. Miller forderte sogar eine „über den Parteien“ stehende Regierung der „nationalen Rettung“.

Bei seinem parlamentarischen Gewicht – die größte Stimmenzahl irgendeiner Partei seit 1989 – hat es das SLD nicht nötig, die Solidarność-Parteien um die Mitarbeit zu bitten. Aber in der klassischen Manier einer Volksfront versuchen die Sozialdemokraten, es den offen bürgerlichen Parteien unterzuordnen, als Tarnfarbe für ihren eigenen Verrat an der Arbeiterklasse. Doch Suchocka & Co. haben sich gegenüber den Appellen des SLD taub gestellt, gleichzeitig hat Walesa sogar davon geredet, den Sejm aufzulösen, und herumgeschrien: „Ich werde keine Einschränkung der Reformen dulden, selbst wenn ich Jelzins Variante benutzen muß“ (*Gazeta Wyborcza*, 28. September). Walesas Ehrgeiz, die Rolle von Pilsudski zu spielen, ist schon lange offensichtlich, aber das auch umzusetzen, angesichts eines kämpferischen Proletariats und einer feindlichen Bevölkerung, ist eine andere Sache.

Für eine polnische trotzkistische Partei!

Die Spartakusowska Grupa Polski (SGP), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, erklärte in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitung: „für die Arbeiterklasse gibt es bei der kommenden Wahl nichts zu wählen“ (*Platforma Spartakusowców* Nr. 4, Sommer/Herbst 1993). Im Gegensatz dazu machten die Pseudotrotzkisten von Dalej!, Unterstützer von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat, den abgedroschenen Appell zum „Kampf gegen rechts“ und riefen zur Wahl des SLD und der Union der Arbeit auf. Dies wurde von der „Sozialistischen Solidarność“ wiederholt, Anhängern von Tony Cliff, die auch noch zur Wahl der Gewerkschaft Solidarność aufriefen.

Jetzt, wo die ehemaligen Stalinisten beglaubigte Sozialdemokraten für „freien Markt“ geworden sind, rennen die

Pseudolinken hinter ihnen genauso bereitwillig hinterher, wie sie früher lautstark „Solidarität mit Solidarność“ forderten. Um ihre Unterstützung für Ronald Reagans Lieblings-„gewerkschaft“ zu rechtfertigen, brachen sie in Begeisterung darüber aus, daß zehn Millionen polnische Arbeiter nicht irren können; die Bilder von Walesa, der vor dem Papst kniet, taten sie ab. Sogar heute spotten sie darüber, daß die SGP auf der zentralen Bedeutung besteht, die der Kampfs gegen Antisemitismus und romafeindlichen Rassismus, gegen Frauenunterdrückung und bigotte schwulenfeindliche Borniertheit, gegen wiederaufsteigenden polnischen Nationalismus und Klerikalismus hat. Aber die Wahlergebnisse zeigen, diese Fragen sind den Arbeitern nicht unwichtig.

Als Walesa & Co. zum ersten Mal Ende 1981 ihren Versuch machten, in Polen den Kapitalismus zu restaurieren, sagten wir Spartakisten: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ Während wir zur politischen proletarischen Revolution gegen die bankrotte stalinistische Bürokratie aufriefen, bezogen wir klar Stellung gegen die klerikal-reaktionären Kräfte, die die sozialen Grundlagen zu zerstören versuchten, auf denen der polnische bürokratisch deformierte Arbeiterstaat beruhte. Selbst als wir gegen den Strom massenhafter Unterstützung von Solidarność schwammen, bemerkten wir, daß die Vernarrtheit des historisch sozialistisch eingestellten polnischen Proletariats in die klerikale Reaktion nicht lange dauern würde.

Heute warnen wir genauso stark vor Illusionen in die IWF-treuen Sozialdemokraten. Der ex-stalinistische Gewerkschaftsverband OPZZ hat Überstunden geschoben, um Streiks zurückzuhalten. Dieses rechtfertigte OPZZ-Chefin Ewa Spychalska mit der Erklärung, ein Wahlsieg des SLD „wird den Werktätigen zugute kommen“ (*Trybuna*, 21. September). Doch nicht zu kämpfen wird den Werktätigen nichts einbringen. Diese kriminelle Passivität ist eine offene Einladung an finstere ultrarechte Gruppen, die als eine „populistische“ Opposition zu Walesa posieren, wie die KPN und die Solidarność 80, an deren Spitze der rabiate Antisemit und Antikommunist Marian Jurczyk steht. KPN-wódz (Führer) Leszek Moczulski, der Frauen am Arbeitsplatz als eine kommunistische „Einrichtung“ brandmarkt, fordert „eine brutale und scharfe Wiederherstellung der Ordnung“. Bedrohlicher Weise war bei der Parade des bewaffneten Arms der KPN, Strzelec (Der Schütze), in diesem Sommer auch eine kleine Armee-Einheit.

Die polnische Arbeiterklasse hat ihre Fähigkeit zum Kampf gegen die neuen Ausbeuter demonstriert. Doch genauso, wie es keinen Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz“ gibt, kann es keine Rückkehr zu den Tagen des stalinistischen Regimes geben, dessen allseitige Lüge vom „Sozialismus in einem Land“ der Konterrevolution den Weg ebnete. Es ist notwendig, eine authentische leninistisch-trotzkistische Partei zu schmieden, die als „Volkstribun“ handelt und dem Kampf für die sozialistische Weltrevolution verpflichtet ist. Im Kampf für den Aufbau einer solchen Partei ruft die SGP die Arbeiterklasse dazu auf, alle Formen von Unterdrückung zu bekämpfen, und erhebt die Forderung nach kostenloser Abtreibung auf Wunsch und den Aufruf zu Arbeitermobilisierungen, um rassistische Angriffe zu stoppen.

Im Kampf für die sozialistische Revolution und die befreienden Ideale einer wahrhaft kommunistischen Gesellschaft müssen die polnischen Arbeiter sich wieder das Erbe von Rosa Luxemburg zu eigen machen, der polnischen jüdischen Frau, die den Beitrag dieses Landes zum internationalistischen Klassenkampf verkörpert. Für eine polnische trotzkistische Partei als Teil einer wiedergeborenen Vierten Internationale!

Nach Workers Vanguard Nr. 585, 8. Oktober

SPARTAKIST

Nein zu kapitalistischem Elend, klerikaler Reaktion

Polnische Wahl: Abfuhr für Solidarność

WARSAU – Bei den Wahlen vom 19. September zum polnischen Parlament, dem Sejm, sprachen Werktätige, Frauen und Jugendliche ihr vernichtendes Urteil über vier Jahre Restauration des Kapitalismus. Die Parteien der Solidarność bekamen mächtig Prügel. Dagegen gewannen die zwei Parteien, die mit dem ehemaligen stalinistischen Regime in Verbindung gebracht werden, das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) und die Polnische Bauernpartei (PSL), zusammen über ein Drittel der Stimmen und zwei Drittel der 460 Sitze im Sejm. Schauer jagten den Antikommunisten und Finanzleuten über den Rücken, als das Wahlergebnis bekannt wurde. Doch die Sieger sind genauso wenig „kommunistisch“ wie Herr Solidarność, Lech Walesa selbst. Aber die dramatische Abstimmung in Polen symbolisiert eine Wende in ganz Osteuropa, da breite Schichten der Bevölkerung erkennen, daß sie durch Versprechungen über ein Paradies des „freien Markts“ hinters Licht geführt worden sind.

Die verschiedenen Bestandteile der zersplitterten Solidarność-Bewegung wurden dezimiert. Die Demokratische Union (UD) der amtierenden Ministerpräsidentin Hanna Suchocka, der Thatcher-Anhängerin und „Eisernen Lady“, die die bevorzugte Kandidatin des Internationalen Währungsfonds (IWF), von Frankfurter Bankern und Clintons Weißem Haus war, landete mit gerade mal 10 Prozent der Stimmen abgeschlagen auf dem dritten Platz. Suchockas ehemalige Koalitionspartner, der Liberal-Demokratische Kongreß (KLD) und die Christlichen Nationalisten (die als Teil des offen klerikalchauvinistischen „Vaterlands“ blocks kandidierten), kamen erst gar nicht in den Sejm. Präsident Walesa hatte einen „Parteilosen Block zur Unterstützung der Reformen“ (BBWR) als Vehikel für seine bonapartistischen Gelüste gegründet, aber der BBWR schaffte gerade noch mit Ach und Krach die 5 Prozent, die inzwischen für den Einzug ins Parlament erforderlich sind, noch hinter der Union der Arbeit (früher Arbeiter-Solidarność) und der

faschistoiden Konföderation für ein Unabhängiges Polen (KPN).

Trotz der schamlosen Verpflichtung der SLD auf den Kapitalismus markiert ihr durchschlagender Sieg einen scharfen Protest der Werktätigen gegen die vom IWF diktierte, von den Solidarność-Parteien verabreichte, kapitalistische „Schocktherapie“, die weitverbreitete Armut zur Folge hat und eine Arbeitslosigkeit von annähernd 20 Prozent. Das Wahlergebnis war auch eine deutliche Botschaft gegen das drakonische Anti-Abtreibungsgesetz, das früher in diesem Jahr durch den Sejm durchgepeitscht worden war als Teil des Kreuzzugs der katholischen Hierarchie, Polen in eine vom Vatikan beherrschte Theokratie zu verwandeln.

Vier Jahre, nachdem die stalinistischen Vorläufer der „erneuerten“ Sozialdemokraten (SdRP) die Macht an Solidarność auslieferten, was die Zerstörung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats einläutete, sieht es so aus, als wäre die SdRP, die das SLD dominiert, drauf und dran, die Zügel der Regierung in einem inzwischen kapitalistischen Polen zu übernehmen. Das Wahlergebnis kam nach einem Wahlsieg von Ex-Stalinisten in Litauen und bei wachsender Unterstützung für ehemalige stalinistische Parteien in Ungarn und anderswo in Osteuropa und ließ daher in den westlichen Hauptstädten die Alarmlöcher läuten. Zwei Tage nach der Polen-Wahl machte Washingtons Mann in Moskau, Boris Jelzin, seine häufig wiederholte Drohung wahr und löste das russische Parlament auf.

Am Vorabend der Wahlen inszenierten Walesa und Suchocka aufwendige Zeremonien zur Feier des Abzugs der letzten russischen Truppen aus Polen und des erneuten Begräbnisses von Sikorskis Leichnam, des nationalistischen Idols aus dem Zweiten Weltkrieg. Der unverhüllte Zweck dieses chauvinistischen Schauspiels, das zeitlich mit dem Jahrestag der sowjetischen Besetzung Ostpolens 1939

Fortgesetzt auf Seite 22



Spartakist



Platforma Spartakusowców

Spartakisten verteidigten deformierten Arbeiterstaat Polen (links). 1. Mai in Warschau – Genossen fordern den Aufbau einer leninistisch-trozkistischen Partei und Arbeitermobilisierung gegen Antisemitismus und faschistische Angriffe